Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis** monatlich 28,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. — Durch die **Post** bezogen 32 Mark einschließl. Bestell- und Bezugsgeld. — Einzelnummer 1,50 Mark.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1,50 Mk., im Reklameteil 7,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 168. — **Donnerstag den 20. Juli 1922** — **49. Jahrg.**

In der Schwebe.

Der Bericht des Garantiekomitees. — Poincarés Denkschrift, eine unerhörte Beschuldigung. — Steht Frankreich allein? — Die Moratoriumsbedingungen.

Volle vier Wochen hat das Garantiekomitee in Berlin gesessen, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu prüfen. In diesen vier Wochen hat die Reichsregierung, die mit innerpolitischen Sorgen über alle Maßen heimgesucht war, zahllose Besprechungen und Verhandlungen mit diesem Komitee abgehalten, und vor allem Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat ihm auf alle seine zahllosen Fragen Rede und Antwort gestanden. Nun ist das Garantiekomitee nach Paris zurückgekehrt, um dem Reparationsausschuß über seine Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung Bericht zu erstatten. Von diesem Berichte wird für die nächste Zukunft Deutschlands unendlich viel, wenn nicht alles, abhängen.

In der französischen Presse war in den letzten Tagen mehrfach zu lesen, daß das Garantiekomitee ein „verschuldetes Versagen" Deutschlands feststellen werde. Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch in Frankreich hat man einsehen gelernt, daß die Dinge nicht so weiter gehen können, wie bisher. Diese Einsicht war bis vor etwa acht Tagen sogar so weit gestiegen, daß selbst die chauvinistische Presse sich des Ernstes der Lage bewußt geworden war und es offen aussprach, daß Deutschlands Ruin auch den finanziellen Ruin Frankreichs notwendig nach sich ziehen müsse. Selbst der „Temps" war offen für einen Zahlungsaufschub und die große internationale Anleihe eingetreten. Nun aber hat sich, offenbar auf einen Wink Poincarés hin, das Blättchen wieder gewendet. Es ist das alte taktische Spiel: wenn der Drang nach Beseitigung der weltwirtschaftlichen Nöte so stark wird, daß ihm Erfüllung winkt, dann sieht Poincaré seine machtpolitischen Sonderpläne gefährdet und versteht es meisterhaft, jede Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen zu unterwühlen. Diese gefährliche Taktik Poincarés hat diesmal noch seine besonderen Ursachen. Nach langem Hin und Her hat er sich bekanntlich jetzt zu einem Besuche bei Lloyd George bereitfinden lassen. Da er weiß, daß Lloyd Georges Ansicht über die Fragen des Moratoriums und der Anleihe der seinigen so ziemlich entgegengesetzt ist, so macht er erst seine Presse mobil, sucht die Situation zu trüben, um sich für die seiner harrenden Verhandlungen in England eine starke Plattform zu schaffen. Zu diesem Zweck ließ er auch jene Denkschrift ausarbeiten, von der schon in der gestrigen Ausgabe berichtet wurde und die Deutschlands betrügerischen Bankerott beweisen soll. An der Hand dieser Denkschrift soll die Reparationskommission das „verschuldete Versagen" Deutschlands feststellen und damit zu einem Votum gegen das Moratorium gelangen. In dieser Denkschrift wird als „Beweis" für die angebliche Schuld der deutschen Regierung angeführt, daß in Deutschland seit dem 1. Januar d. J. monatlich etwa 10 bis 12 Milliarden Papiermark neu ausgegeben seien. Das mag richtig sein. Aber außerhalb Frankreichs, ja sogar vielleicht außerhalb der Poincaréschen Kreise, wird es kaum jemand geben, der diese umfangreiche Neuemission von Banknoten Deutschland „als böswilligen Bankerott" anrechnen wird. Alle Welt weiß, daß die Entwertung der deutschen Mark die Preise in Deutschland unaufhörlich weiter in die Höhe treibt, und die öffentlichen Ausgaben rapide steigert. Es ist sogar zu befürchten, daß Kapitalmangel und Kreditnot, die sich in der deutschen Privatwirtschaft mehr und mehr fühlbar machen, in nächster Zeit noch zu einer weiteren Steigerung des Notenumlaufs führen werden. Ebenso weltbekannt ist die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz. Ist das alles aber etwa unsere „Schuld?" Will die französische Regierung die ganze Inflation, die letzten Endes doch aus unseren Zahlungsverpflichtungen an die Entente herrührt, uns zur Last legen und daraus ein böswilliges Verschulden Deutschlands konstruieren? Für diese Ansicht und Absicht dürfte sie wenig Gläubige und Anhänger finden. Vor allem nicht in England, wo der Wind ganz anders weht und nach dem katastrophalen Sturz der Mark seit der Ermordung Rathenaus diese in ihren Auswirkungen vollauf würdigt. Italien steht auf Englands Seite, Belgien geht nicht unbedingt mit Frankreich. So brauchen wir trotz Frankreichs unerhörter Beschuldigung noch nichts verloren zu geben. Es ist nicht anzunehmen, daß sich das System der „Sanktionen" von neuem durchsetzen wird.

Auf einem anderen Blatte freilich steht es, welche Bedingungen uns gestellt werden, falls ein Moratorium bewilligt wird. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß das Garantiekomitee vor seiner Abreise ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem es als Ergebnis der Beratungen eine Reihe von Forderungen aufstellt. Das Gerücht, daß sich unter diesen Forderungen die pfandweise Überlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmungen befinde, ist inzwischen zwar dementiert. Nicht dementiert aber ist eine andere Bedingung, der zufolge das Garantiekomitee fordert, daß Vorlagen auf Neuausgaben, die der Reichstag zu bewilligen hat, ihm selbst gleichzeitig mit dem Reichsrat zugehn sollen. In England, dem Lande des ausgeprägtesten Parlamentarismus, wird diese Forderung zweifellos auf Verständnis stoßen; denn dort hat nur die Regierung, nicht das Parlament, das Recht zur Bewilligung neuer Ausgaben. In Deutschland aber, wo dem Parlament dieses Recht zusteht, bedeutet dieses Verlangen der Garantiekommission einen unerträglichen Eingriff in die Finanzhoheit. Von den weiteren Forderungen des Garantiekomitees bezw. der Reparationskommission wird man wohl bald hören, wenn das Komitee seinen Bericht erstattet hat. Daß sich darunter auch die Forderung auf eine energische Bekämpfung der Kapitalflucht befindet, ist bekannt. Dagegen hat gewiß in Deutschland selbst niemand etwas einzuwenden. Im Gegenteil wird man mit großem Interesse seinen Vorschlägen entgegensehen, nachdem die besten Köpfe in Deutschland sich längst darüber klar geworden sind, daß ohne die Mithilfe des Auslands hier alle Mittel versagen müssen.

Kein Vetorecht, nur Auskunftsrecht!

Das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee.

Berlin, 20. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee wird jetzt folgendes bekannt: Die Verhandlungen begannen am 20. Juni in Berlin. Sie vollzogen sich in den vier Unterausschüssen für Einnahmen, Ausgaben, Kapitalflucht und Statistik. Die Arbeitsleistung in diesen Unterausschüssen war außerordentlich. Unzählige Auskünfte über die einzelnen Posten des Etats, über Einzelheiten des deutschen Steuerwesens, über die Organisation des Kassenwesens, über die Maßnahmen zur Verhütung von Etatsüberschreitungen mußten erteilt werden. Der Etat mußte fast in allen einzelnen Punkten erläutert werden. Es wurde mit den Vertretern des Garantiekomitees verabredet, daß durch das Reichsfinanzministerium nunmehr regelmäßige Informationen erteilt werden. Das Reichsfinanzministerium richtet einen zentralen beweglichen Kontrolldienst ein und wird dem Garantiekomitee von Zeit zu Zeit einen Überblick geben. Besonders ausgiebig ist auch in dem Unterausschuß gegen die Kapitalflucht verhandelt worden. In den Besprechungen ist deutscherseits betont worden, daß solche Maßnahmen sich nicht für ein Land isoliert durchführen lassen, sondern von der Zusammenarbeit der Länder abhängen. Das Garantiekomitee hat die Ergebnisse der Verhandlungen in einem Memorandum zusammengefaßt, das in der Schlußsitzung auch der deutschen Regierung zugänglich gemacht worden ist. Es wird von seiten der Regierung schon jetzt betont, daß keine der darin vorgesehenen Maßnahmen gegen die deutsche Souveränität verstößt. Sie hat sich deshalb entschlossen, dem Inhalt des Memorandums mit dem ausdrücklichen Vorbehalt beizutreten, daß die Befugnisse des Garantiekomitees nur die Einholung von Auskünften und keinerlei Vetorecht einschließen.

Das Reichskabinett hat auf Grund der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee die Überzeugung gewonnen, daß nur auf dem beschrittenen Wege sachgemäßer Verhandlungen eine Lösung und Regelung möglich sein wird. Die deutsche Öffentlichkeit muß davor gewarnt werden diese Verhandlungsnotwendigkeiten zu verkennen. Scheint es auch auf den ersten Augenblick, daß die Konzessionen, die gemacht wurden, das Maß des Möglichen überschreiten, so ist doch zu betonen, daß über eine so komplizierte Verhandlungsweise, wie die mit dem Garantiekomitee geführte, nur bei wirklicher Kenntnis der Einzelheiten geurteilt werden darf. Die Veröffentlichung eines ausführlichen amtlichen Berichtes steht bevor. (Anm. d. Schriftl. Angesichts der Aufwärtsbewegung des Dollars, der in den Mittagsstunden den Stand 528 erreicht, erscheint die am Schluß der Meldung ausgesprochene Warnung sehr berechtigt zu sein!)

Die Reparationskommission für ein Moratorium?

Paris, 20. Juli. (WTB., Mittagsmeldung.) „Chicago Tribune" behauptet, daß mit französischer Zustimmung die Reparationskommission versuchsweise ein Moratorium für Deutschland beschlossen habe. Einzelheiten seien noch nicht festgesetzt. Die Dauer des Moratoriums werde eifrig diskutiert. Die Franzosen wünschten es auf drei Monate zu beschränken, die Engländer es auf sechs Monate festzulegen. Für ihre Zustimmung verlangten die Franzosen strengste alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen, namentlich alliierte Kontrolle aller wichtigen Finanzprojekte, bevor sie dem Reichstage zugehen und ausgeführt werden. Das Blatt schreibt, in amerikanischen Kreisen nehme man nicht an, daß die alliierte Finanzkontrolle in Deutschland die Reparationsfrage sehr fördern werde. Es sei aber von wesentlicher Bedeutung, den völligen Zusammenbruch des Landes zu verhindern. Die Quelle der deutschen Barzahlungen werde nach Ansicht Amerikas der deutsche Außenhandel sein, und solange nicht in der gesamten Welt die Zollschranken herabgesetzt und größere Mengen deutscher Ware aufgenommen würden, werde es Deutschland unmöglich sein, irgendwelche bedeutenden Barsummen zu bezahlen, obwohl es allerdings imstande sein werde, den alliierten Ländern Sachlieferungen zu leisten.

Heute Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 20. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Reparationskommission ist heute zu einer offiziellen Sitzung zusammengerufen worden. Die Tagesordnung weist zwei Punkte auf, nämlich die Entgegennahme des Berichts des Garantiekomitees und die Beantwortung der deutschen Note betreffs der deutschen Kohlenlieferungen.

Abreise der Franzosen aus dem Haag.

Paris, 20. Juli. (Havas.) Die französische Delegation reist heute aus dem Haag ab. Ist die Konferenz damit endgültig gesprengt?

Die „bolschewistische Veranlassung" der Ermordung Rathenaus.

Schon mehrfach hat General Ludendorff in englischen Zeitungen innerpolitische deutsche Fragen besprochen, ohne zu bedenken, daß er damit im Auslande das Vertrauen zu der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse erschütterte; denn bei Ludendorffs Stellung zu der jetzigen Staatsform gab er in seinen Auslandsarbeiten schärfster Kritik Ausdruck. Im „Daily Expreß" hat er jetzt die Ermordung Rathenaus auf bolschewistische Initiative zurückgeführt. „Diese Ansicht begründet er jetzt", so lesen wir in der Rechtspresse „durch ausführliche Darlegungen über die kommunistischen Geheimpapiere, die dem russischen Obersten Freyberg in die Hände gefallen waren, und deren Echtheit ja aufs beste durch die Tatsache belegt wird, daß sie ihm seinerzeit, wie erinnerlich, durch einen bewaffneten kommunistischen Raubüberfall wieder abgejagt wurden. Unter den dem Obersten von Freyberg verbliebenen Schriftstücken befindet sich ein Bericht, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hatte, unter der Maske deutscher Nationalisten in die extrem-nationalistischen deutschen Organisationen bolschewistische Agenten einzuschmuggeln. Diese Agenten sollten dann fanatische Mitglieder derartiger Organisationen zum Mord an Mitgliedern der Reichsregierung verleiten, dabei aber so geschickt arbeiten, daß niemand den wahren Urhebern der Mordtat auf die Spur kommen könne. Dieser Bericht ist über ein Jahr alt. Da die in dem Bericht vorausgesagten Ereignisse (darunter der Mord an deutschen Regierungsmitgliedern) inzwischen eingetreten sind, mußte General Ludendorff dem Bericht jedenfalls das Gewicht eines erheblichen Indiziums beimessen, zumal nichts die Pläne der Moskauer Sowjetregierung so sehr fördern mußte, als wenn es gelang, fanatische junge Leute in Deutschland zur Ermordung führender deutscher Politiker, besonders auch aus den Linksparteien zu verleiten. Leuten, die sich ihrerseits als deutsche Nationalisten gebärden, konnte es nach Ludendorffs Ansicht gar nicht einmal schwerfallen, unreife deutsche Fanatiker zu politischen Morden zu provozieren. Derartige Schwärmgeister, meist den durch die Kriegsfolge zerrütteten und erbitterten Ständen in Deutschland entstammend, erkennen nicht, daß solche Morde die deutschen Linksparteien gegen die Rechtsparteien aufstacheln. . . ."

Kurz und gut, Ludendorff sagt dem englischen Publikum, Rathenau fiel auf bolschewistische Initiative. Desgleichen Erzberger, Gareis, Eisner?

Selbstverständlich wird dieser Ablenkungsversuch, obwohl er von England durch „Daily Expreß" bei uns importiert wurde, in Deutschland von vielen gläubig hingenommen werden.

Demgegenüber müssen folgende Tatsachen festgehalten werden. Die Mörder Rathenaus und Erzbergers gehören zur „Organisation Consul". Der „Consul" heißt Ehrhardt. Ist der Korvettenkapitän Ehrhardt, den am letzten Montag die Mörder vor ihrem blutigen Ende grüßen ließen, ein Bolschewist? Will General Ludendorff behaupten, daß die gesamte Organisation C auf bolschewistischer Initiative hin entstanden und von ihr geleitet worden ist? Sind die Dokumente russischer Obersten zuverlässig? Haben wir nicht in dem Nabakow-Mordprozeß über die russischen Emigranten in Berlin Trauriges genug erfahren? Wie kann nach amtlicher Bekanntgabe des so erdrückenden Materials gegen die rechtsradikale Mörderorganisation ein solcher Ablenkungsversuch unternommen werden, wo die starke Verflechtung der antisemitischen Kampforganisationen mit der Mordtat erwiesen ist? Waren es vielleicht auch bolschewistisch „Verirrte", die im Büro des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes die Mordwaffe lieferten?

Vermutlich bald werden wir die ausführlichen Polizeiberichte in Händen haben. Der Prozeß gegen die Mitschuldigen des engeren Kreises wird weitere Klarheit geben. Endlich aber, ganz abgesehen von dem Inhalt des Artikels im „Daily Expreß", ist zu wünschen, daß in Zukunft deutsche Heerführer nicht die Auslandspresse benutzen, um über die innerpolitischen Verhältnisse sich auszusprechen. Hat etwa der General Mac Mahon nach dem Frankfurter Frieden sich in deutschen Blättern über Frankreichs innerpolitische Verhältnisse ausgesprochen? Warum muß ein deutscher General über sein Volk — englisch reden?

Dollar heute 528 (gestern 490).

Nachklänge zur Krisis.

Gestern, am Mittwoch, waren Vertreter der drei Reichstagsfraktionen der Deutschen demokratischen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in kleinstem Kreis versammelt, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte zu schaffen sei, die jedoch weder die Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen aufheben, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen solle. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft wird vielmehr dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und nach innen stetiger und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie sollen demnächst fortgesetzt werden.

Die Abstimmung über das Schutzgesetz.

Berlin, 30. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie sich jetzt übersehen läßt, haben in der letzten Reichstagssitzung für das Republikschutzgesetz gestimmt: die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum, dagegen: die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Welfen und der Bayerische Bauernbund mit Ausnahme seines Fraktionsmitgliedes Reichsernährungsminister Fehr. Ein großer Riß ging durch die Deutsche Volkspartei. Der größte Teil stimmte für das Gesetz, die anderen haben sich teils der Stimme enthalten, teils nicht an der Abstimmung beteiligt.

Bayern und das Schutzgesetz.

Die bayerische Regierung hat zunächst von Sachverständigen die juristischen Folgen der neuen Reichsgesetze für das Verhalten der Länder ausarbeiten lassen und hat davon Abstand genommen, zu der Annahme der Schutzgesetze sofort Stellung zu nehmen. Wie in Kreisen der bayerischen Regierungsparteien die allgemeine Stellung aussieht, davon geben die Blätter Auskunft, die sich ziemlich allgemein gegen das Schutzgesetz wenden. Es wird dabei viel Lärm geschlagen, aber man kann doch hoffen, daß die vollendete Tatsache, an der auch eine so weit rechtsstehende Partei wie die Deutsche Volkspartei mitgeschaffen hat, eine wohltätige Wirkung auch auf Bayern übt, das infolge ungesunder Aufreizung der dortigen öffentlichen Meinung eine Verletzung der Hoheitsrechte des Landes überall dort erblickt, wo es nicht immer gerade den Bayern selbst, sondern Unverantwortlichen wider den Strich geht. Im Interesse der Einheit des Reiches kann man hoffen, daß diese Agitation die verantwortlichen Stellen Bayerns nicht zu sehr beeinflußt. In den Kreisen der bayerischen Volkspartei scheint man mit dem Gedanken an einen Volksentscheid zu spielen.

Der Dollar steigt!

In den letzten Tagen ist der Dollarkurs wieder ziemlich rasch gestiegen und hat sich am Mittwoch einem Wert von 500 Papiermark wieder beträchtlich genähert. Soweit der Mittwochkurs von rund 490 politisch beeinflußt ist, hat zu dieser Höhe ohne Zweifel die neue Verschleppungstaktik Poincarés beigetragen, durch welche die vorübergehende Erleichterung auf Grund des deutschen Stundungsgesuches so ziemlich wettgemacht worden ist. Dazu kommt ein steigender Devisenbedarf der deutschen Produktion, die Rohstoffankäufe vollziehen muß. Sie hatte diese bisher auf Zeiten eines besseren Marktstandes verschoben, kann aber nun weiter nicht warten. Steigt der Dollar weiter, dann wird die Reparationskommission trotz französischer Denkschriften doch endlich begreifen, daß eine rasche und günstige Erledigung des deutschen Stundungsgesuches der einzige Weg zur Rettung Deutschlands und damit Europas ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0001
DFG

Zur Abwehr.

Die innerpolitische Erschütterung nach Rathenaus Ermordung hat in diesen Tagen dazu geführt, daß sich die bürgerlichen Mittelparteien zu einem Block zusammengefunden haben. Diesen Zusammenschluß der Mitte trotz Widerspruch, Anfeindung und Mißverständnis zu fordern und vorzubereiten, war die politische Linie, welche die Schriftleitung unserer Zeitung seit Jahr und Tag ohne Schwanken verfolgt hat in der Erkenntnis, daß in diesen Zeiten allerdings nur die Weimarer Verfassung die wirklich gedeihliche Grundlage eines solchen Blockes der Mitte bilden könne. Keinem denkenden Leser ist das entgangen. Wohl aber dem Verfasser des Artikels „Von der Merseburger Demokratie“, den die „Allg. Zeitung“ in Halle in Nr. 194 abdruckt. Hier gibt irgend ein unentwegter Parteimann ein Urteil ab (natürlich anonym), das seiner politischen Beobachtungsgabe keine Ehre macht. Er stellt nämlich fest, unsere Zeitung habe seit der Novemberrevolution „sich zu einem Radikalismus entwickelt, der stellenweise das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ ein ganzes Stück hinter sich läßt“. Was mag der Verfasser für ein Urteil und was für einen Überblick über die deutsche Presse haben, wenn er sich leichthin zu solchen „Urteilen“ versteigt? Er hat gerade bei dieser Zusammenstellung bewiesen, daß er verschiedene politische Linienführungen nicht zu erkennen vermag. Hat doch gerade die „Frankfurter Zeitung“ (ein ausgezeichnetes Blatt, von dem der mit seinem Urteil so rasch fertige anonyme Verfasser schon lange vor dem furchtbaren Zusammenbruch 1918 sehr viel hätte lernen können) — hat doch gerade diese Zeitung jetzt bei der Frage der Koalitionserweiterung und dann der Arbeitsgemeinschaft eine Stellung eingenommen, welche von der von uns seit langem befolgten politischen Linie erheblich weit abliegt. Um das zu erkennen, dazu hätte freilich Sachlichkeit und — das Lesen der Leitartikel gehört. Der Verfasser macht es sich bequemer. Er greift den schon in einem von Nichtigkeiten strotzenden alten Wahlflugblatt von 1921 verwandten und in der unermüdlichen unterirdischen Werbearbeit gegen unsere Zeitung immer wieder zitierten Mißgriff des früheren Lokalredakteurs auf; schon längst wurde dieser Mißgriff als auf falsche fahrlässige Berichterstattung beruhend erklärt; das freilich verschweigt der Verfasser ebenso wie die Tatsache, daß unsere Zeitung damals den beklagenswerten Mord hart verurteilt hat. Er verschweigt es, weil er diese Tatsache für seinen „Beweis“ — nicht brauchen kann. Wäre diese Manier, Agitationsmaterial zurechtzudrehen, anstatt zu prüfen und zu urteilen, nicht eine solche Gefahr für unser politisches Leben, wir würden stillschweigend darüber hinweggehen. In diesen Tagen aber, wo der Zusammenschluß der aufbauwilligen bürgerlichen Kräfte Tatsache wird, für welchen wir seit Jahr und Tag gekämpft haben, in diesen Tagen ist es besonders unpolitisch und dient den nationalen Interessen gar nicht, wenn in einer die Tatsachen entstellenden Weise Parteiagitation getrieben wird. Die Absicht ist deutlich. Nachdem in der Stunde der höchsten Not die deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten zusammengetreten sind, sehen sich viele Radikale der Rechten enttäuscht, nämlich alle, welche die Belange der Partei mit denen des Vaterlandes verwechseln. Sie möchten diesen Zusammenschluß verhindern und suchen daher überall die Gegensätze aufzureißen.

Lassen wir uns durch nichts beirren! Sinnen wir auf Politik und nicht auf Agitation! Kräftiges Vorgehen gegen staatsfeindliche Elemente jeder Gattung, feststehen gegen die Maßlosigkeit der Radikalen, schonungslos sagen, was ist, auch wenn es nicht gern gehört wird. — Das ist heute mehr denn je erste Bürgerpflicht!

Die Schriftleitung.

*

In dem bezeichneten Artikel sind die Herren Seminarlehrer Koerlin und Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein zitiert worden. Die beiden Herren übergeben uns folgende

Erklärung.

Fast 3 Wochen hat der Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung“ gebraucht, um seine Kritik unserer Teilnahme an der Kundgebung zum Schutze der Republik in die Öffentlichkeit zu bringen, obwohl die Rede des einen Unterzeichneten schon am 28. Juni in den Merseburger Tageszeitungen zu lesen war.

Wir haben uns an der Kundgebung beteiligt, weil wir die Republik als die einzig mögliche Staatsform ansehen, die ein Weiterleben Deutschlands zuläßt, weil wir empört sind über die Mordtaten rechtsradikaler Feinde der Republik, und weil wir unseren ermordeten Parteifreund Rathenau persönlich kannten und schätzten. Zum Zusammenschluß mit den aufrichtigen Republikanern hatte auch die Leitung der Deutschen demokratischen Partei aufgefordert, und er hat in vielen Städten Deutschlands stattgefunden.

Die Forderungen der Demokraten zur Sicherung der Republik, ihre Stellung zur Erfassung der Sachwerte und den übrigen wirtschaftlichen Fragen sind bekannt, brauchten und konnten in einer Kundgebung von 6000 Menschen unter freiem Himmel nicht diskutiert zu werden.

Die „Allgemeine Zeitung“ und ihr Berichterstatter können versichert sein, daß die Merseburger Demokraten sich mit aller Kraft weiter für die „Beseitigung reaktionärer Elemente“ an allen Dienststellen einsetzen werden. Gerade weil wir ihre Schädlichkeit in Schule und Verwaltung, Heer, Rechtspflege und Polizei sehr genau kennen, werden wir mit Entschiedenheit mitarbeiten an der Demokratisierung der Beamtenschaft. Wenn auch ein früherer Regierungspräsident die hiesige Regierung eine „Garde-Regierung“ genannt hat, so streben wir nach einer Volksregierung.

Der Berichterstatter redet von den Rechtsparteien. Das ist nur erklärlich aus Unkenntnis der innerpolitischen Vorgänge der letzten Wochen, besonders auch der Neuorientierung der Deutschen Volkspartei. Wenn der Berichterstatter den roten Schrecken an die Wand malt, die „unverhüllte Aufforderung an gewalttätiger Erhebung“, so wären seine Ausführungen überzeugender gewesen, hätte er Beispiele angeführt. Obwohl er sich als genauen Kenner der Merseburger Parteigeschichte aufspielt, so kann er nicht einen Fall angeben, wo im Anschluß an Kundgebungen, die in Merseburg von den Linksparteien und den Demokraten veranstaltet worden sind, auch nur der geringste Personen- oder Sachschaden angerichtet worden ist.

Wir werden weder auf anonyme Angriffe wieder antworten, noch uns in weitere Auseinandersetzungen mit der „Allgemeinen Zeitung“ einlassen. Ein Beispiel für deren Kampfesweise: Sie beleidigte im Mai ds. Js. einen hiesigen Beamten auf das gröblichste. Er übergab den Fall dem Staatsanwalt und erhielt folgenden Bescheid: „Ein Verfahren gegen den verantwortlichen Schriftleiter ist eingeleitet. Seine Vernehmung konnte aber noch nicht stattfinden, da er verzogen ist und sein jetziger Aufenthalt bisher noch nicht festgestellt werden konnte.“ Trotzdem zeichnete dieser Herr noch in den letzten Tagen als verantwortlich.

Koerlin. Dr. Kühnlein.

Außenpolitische Übersicht.

Im Haag.

Nochmalige Rückfrage an die russische Regierung.

Haag, 20. Juli. (WTB.) In der gestrigen Sitzung der nichtrussischen Kommission mit der russischen Abordnung erklärte Litwinow, diese sei noch nicht imstande, neue Vorschläge zu machen. Bevor weiter verhandelt wird, soll nun die russische Regierung gefragt werden, ob sie geneigt sei: 1. die Schulden anzuerkennen, die die russische Regierung oder ihre Vorgänger an Angehörige ausländischer Staaten zu bezahlen haben, 2. ob sie bereit ist, diese Frage den ausländischen Besitzern des nationalisierten Eigentums gegenüber schon jetzt staatsrechtlich zu erledigen. Nach kurzer Aussprache, bei der Litwinow erklärte, daß er etwa vier bis sieben Tage brauche, um mit seiner Regierung zu beraten, wurde die Sitzung aufgehoben. Für den Nachmittag wurde eine Beratung der nichtrussischen Kommission über den Vorschlag Litwinows eingesetzt.

(Man sieht, daß die Mehrheit der Konferenzstaaten an einem jähen Verhandlungsabbruch doch kein Interesse hat, sondern daß alles versucht wird, die Verhandlungen auf die gewünschte Basis zu bringen.)

De Factas Kabinett zurückgetreten.

Rom, 20. Juli. (WTB.) Das Kabinett de Facta ist zurückgetreten, nachdem die Kammer die Aufforderung de Factas, alle Parteien möchten die Regierung in ihrem Bestreben um Verteidigung der Bürger unter strengster Gesetzesanwendung unterstützen, angehört und dann mit 288 gegen 103 Stimmen eine Tagesordnung gegen die Regierung angenommen hatte.

Neue Beunruhigung des Burgenlandes.

Wien, 20. Juli. (Amtlich.) Der Grenzort Hagersdorf im südlichen Burgenlande wurde nachts von ungarischen mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Kräften überfallen. Die Bundestruppen wiesen nach zweistündigem Kampfe die Banden zurück. Die österreichische Regierung leitete die nötigen diplomatischen Schritte zur Abwehr des Versuches einer neuerlichen Beunruhigung des Burgenlandes ein.

Korfanty hat es doch geschafft!

Danzig, 20. Juli. (WTB.) Die Gazeta Gdanska meldet: Am Dienstag hat Korfanty das Kabinett zustande gebracht. Ministerpräsident: Korfanty, Außenminister: Skirmunt, Finanzminister: Michanski, Kriegsminister: Soskowski, Handel: Strasburger, Inneres Weichert. Korfanty hat sich darauf zu einer Audienz beim Staatschef Piljadski angemeldet und ihm die Liste des von ihm vorgeschlagenen Kabinetts vorgelegt. In einer kurzen Aussprache berief der Staatschef sich auf das am 14. Juli an den Sejmpräsidenten gerichtete Schreiben, in dem er erklärt, er könne mit Korfanty an der Bildung eines Kabinetts nicht mitwirken, und kündigte seinen Rücktritt an. Bezüglich seines weiteren Vorgehens verwies der Staatschef Korfanty an seinen Auftraggeber.

Die Nachkriegserfolge der Katholikenparteien.

Zu den bezeichnendsten Erscheinungen der Nachkriegszeit gehört das Anwachsen der katholischen, in fast allen Ländern auf dem Gedanken einer nichtmarxistischen, sondern der Solidarität der Gesamtwirtschaft Rechnung tragenden Sozialreform aufgebauten Parteien. In Österreich und in Deutschland haben diese Parteien großen Einfluß auf die Regierung gewonnen, in Italien, wo es bisher eine solche Partei überhaupt nicht gab, ist sie bei den letzten Wahlen sofort die größte Partei des Landes geworden, und nun haben auch in dem der Mehrheit nach protestantischen Holland die Katholiken eine Mandatszahl errungen, die ungefähr ein Drittel des Parlamentes zählt.

Deutschland.

Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Der frühere Reichsgerichtsrat und badische Justizminister Düringer hat dem Reichspräsidenten Löbe seinen Austritt aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion in aller Form mitgeteilt. Der Abg. Düringer galt bisher immer als Führer und Vertreter der gemäßigten Richtung innerhalb der Deutschnationalen Partei und Reichstagsfraktion. Gleich nach der Ermordung Rathenaus hatte ihn die Fraktion in kluger Taktik als Redner vorgeschickt. Aber später hat sich die deutschvölkische, hetzerische Mehrheit bald wieder von ihrem ersten Schreck erholt und die Überhand in der Frakiton gewonnen. Die erregten Lärmszenen der letzten Tage im Reichstag haben das zur Genüge bewiesen. Der Abg. Düringer hat offenbar für sich daraus den Schluß gezogen, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit diesen Leuten nicht mehr möglich sei. Man darf gespannt sein, ob er der einzige bleibt, der keine Gemeinschaft mehr mit den intellektuellen Urhebern politischer Mordtaten haben will. Gerüchte wollen wissen, daß auch Prof. Hoetzsch und Frau Behm im Begriffe ständen, aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion auszuscheiden.

Ausschluß aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 20. Juli. (WTB.) Die Parteileitung und die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei erklären, daß der Abg. Henning keine ehrenrührigen oder mit dem Strafgesetzbuch kollidierenden Taten vollbracht hat, glaubt aber gleichzeitig, daß ein weiteres Verbleiben in der Partei wegen der Art seines politischen Handelns nicht erwünscht sei.

Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee

bildeten den Gegenstand der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages am 19. Juli 1922. Anwesend waren neben vielen Vertretern der Länder der Reichskanzler, der Vizekanzler Bauer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt, der Reichsfinanzminister Hermes. Auch der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer war erschienen. Nachdem der Reichsfinanzminister den Bericht über die Verhandlungen erstattet hatte, vertagte sich der Ausschuß bis auf den 21. Juli, um die Drucklegung dieses Berichts abzuwarten.

Die Erhöhungen der Beamtenbesoldung

wurden am 10. Juli vom Reichsfinanzminister Hermes mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen besprochen. Die Regierung erbat sich die Ermächtigung, während der Vertagung des Reichstages die notwendigen Schritte unternehmen zu können. Welcher Art die Besoldungserhöhung, die wegen des Sinkens des Markwertes nötig sein würde, könne noch nicht gesagt werden, da die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen erst am Sonnabend den 22. Juli stattfinden würden. Es komme aber der Regierung darauf an, schon jetzt eine gewisse Zustimmung von den Parteien zu erlangen, etwa dahingehend, daß der Überwachungsausschuß des Reichstages bevollmächtigt würde, den Maßnahmen der Regierung vorläufig zuzustimmen. Sämtliche Parteien erklärten sich mit dieser Regelung einverstanden.

Personalveränderungen in den preußischen Regierungspräsidien.

Berlin, 20. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Zu der bereits gestern gemeldeten Personalveränderung beim Merseburger Regierungspräsidium erfahren wir noch, daß auch die Regierungspräsidenten von Stettin (v. Schmeling), Koblenz (v. Gröning), Aachen (Frhr. v. Dallwigk), Aurich (v. Heppe), Münster (Graf v. Merveldt), Hildesheim (Dr. Kutscher) in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind.

Die Berliner Morgenblätter berichten außerdem noch von folgenden Neubesetzungen:

Über die Neubesetzung der erledigten Regierungspräsidentenposten wird gemeldet: Anstelle des Oberpräsidenten Marienwerder wird Oberpräsidialrat Proske treten, der dem Zentrum nahe steht. Der Regierungsbezirk Merseburg ist mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergemann besetzt worden. In das Regierungspräsidium Hildesheim ist Ministerialrat von Halfern und in das Regierungspräsidium Stettin Oberregierungsrat Moritz berufen. Beide Regierungspräsidenten gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium in Aurich ist dem demokratischen früheren Parlamentarier und Bürgermeister von Norderney Berghaus übertragen worden. Zum Präsidenten in Koblenz dürfte der zweite Delegierte der Rheinlandkommission Bauknecht berufen werden, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Auch für die Regierungspräsidenten Aachen, Trier und Osnabrück sind die neuen Regierungspräsidenten schon vorgesehen. Sie werden ebenso wie der neue Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs dem Zentrum angehören. Demnächst soll auch der Regierungspräsident von Schneidemühl v. Bülow in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das Innenministerium wird die Entschließung des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, durchführen. Das nächste Eingreifen dürfte sich auf die Besetzung einer größeren Anzahl von Landratsämtern in Ostpreußen beziehen.

Das Zentrum gegen die Autonomie Oberschlesiens.

Berlin, 20. Juli. (WTB.) In einer Vertrauensmännerversammlung der Oberschlesischen Volkspartei (Zentrum) ist nach Blättermeldungen beschlossen, den Wählern zu empfehlen, in der Frage der Autonomie für den Verbleib Oberschlesiens bei Preußen zu stimmen. Damit ist bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Zentrums in Oberschlesien der Verbleib bei Preußen gesichert.

Die Großhamburger Frage.

Berlin, 20. Juli. (WTB.) Reichsminister Dr. Koester hat in Beantwortung des Schreibens des Hamburger Senats über die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg in der Großhamburger Frage dem Hamburger Senat mitgeteilt, daß er versuchen wolle, eine Einigung zwischen Hamburg und Preußen herbeizuführen.

Der Hafenstreik in Stettin.

Stettin, 20. Juli. (WTB.) Als gestern mittag der Dampfer Swinemünde die Fahrt nach Swinemünde antreten sollte, erschien ein Zug Streikender mit einer roten Fahne am Anlegeplatz und versuchte das Schiffspersonal zum Niederlegen der Arbeit zu überreden. Sie erreichten auch, daß mehrere Heizer den Dampfer verließen, so daß dieser nicht abfahren konnte. Darauf stellte die Teno Heizerpersonal zur Verfügung. Der Dampfer konnte abends auslaufen. Der regelmäßige Betrieb Stettin—Swinemünde wird auch weiterhin mit Unterstützung der Teno durchgeführt.

Badische Wünsche zur Getreideumlage.

Karlsruhe, 20. Juli. (WTB.) Der Landtag nahm fast einstimmig einen Zentrumsantrag an, wonach die Regierung bei der Reichsregierung erneut dahin wirken soll, daß die von Baden verlangte Getreideumlage so herabgesetzt wird, wie es der diesjährige Saatenstand erfordert, der in manchen Landesteilen bei einzelnen Getreidesorten einer Mißernte nahezu gleichkomme.

„Für die Sicherheit der Besatzungstruppen.“

Koblenz, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Interalliierte Rheinland-Kommission hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß sie vom 7. Juli ab auf die Dauer von einem Monat dem Oberdelegierten der britischen Zone die Sondervollmachten der Verordnung 12 übertragen und ihm die Ermächtigung erteilt hat, alle Sitzungen und Kundgebungen zu untersagen, die die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind, ebenso den Aufenthalt auf der Straße während der Nachtzeit zu verbieten.

Außerdem wurden die dem Bezirksdelegierten der Pfalz am 9. Juni 1922 erteilten gleichen Sondervollmachten um einen Monat verlängert.

Mein Mann kriegt Taschengeld!

Häusliches Duett für eine Sopran- und eine Baßstimme.

Stimme der Leserin aus dem Hintergrund: Donnerwetter, hab'ich die Melodie nicht schon mal wo gehört? Sie kommt mir so bekannt vor!

Morgens beim Frühstück:

Also, das mache ich auf keinen Fall mehr länger mit. Nur 1000 Mark Haushaltungsgeld in der Woche. Du solltest unbedingt einmal von Dr. Heinz Potthoff lesen „Die Hausfrau in der Volkswirtschaft“, wie sie sparen kann, mit 10 Pfennigen schon.

Sparen, sparen! Das ist das dritte Wort der Männer. Mit zehn Pfennigen! Wo ein halbes Pfund Kaffee 70 ℳ kostet!

Ich kann auch Kaffee zu 45 trinken.

Aber ich nicht. Wenn ich mir schon keine Tasse Kaffee mehr leisten kann, dann streike ich.

Dr. Potthoff sagt, bei rationeller Verwertung und ökonomischem Sparen —

Herrgott, da hättest du eben deinen Doktor Potthoff heiraten sollen. Diese Woche hat auch einer geschrieben, man solle Straußeneier nehmen, da reichte eins zu einem Pfannkuchen für 30 Personen. Nein, ich will dir sagen, woran es liegt, du gibst mir zu wenig Haushaltungsgeld.

Nein, du kannst nicht wirtschaften, Dr. Potthoff sagt —

So, ich kann nicht wirtschaften? Schön, hier hast du den Rest von 200 ℳ, damit kannst du selber wirtschaften.

Ich habe dir doch vorgestern erst 1000 ℳ gegeben.

Es ist eben alle! Und wenn ich heute den Metzger bezahlen muß, brauche ich neues.

Da hört doch alles auf! (springt wütend auf.)

Beruhige dich nur, der Kolonialwarenhändler ist auch noch nicht bezahlt für diese Woche.

Na, das ist die Höhe! (Haut auf den Tisch.) Dabei bezahle ich dir noch Gas, Elektrisch, Wäsche, Mädchen —

Ach, du meinst von den 1000 ℳ bezahle ich auch noch deine Zigarren und deinen Abendschoppen?

Das muß anders werden! (Stößt den Stuhl auf.)

Natürlich muß es anders werden! (Dito mit dem Stuhl.)

Von rationeller Gestaltung der Hauswirtschaft, wie Dr. Potthoff sehr richtig sagt, hast du keine Ahnung.

Also gibst du mir Zuschuß oder nicht?

Ich denke nicht dran (schlägt wütend die Tür zum Flur zu und **setzt den Hut auf**).

Schön! Dann soll wirtschaften und kochen wer will! Ich nicht! (Wirft wütend die Tür zum Salon zu und spielt elegisch das schöne Lied: Es gibt im Leben manchesmal Momente, wo man zum Haus hinauslaufen könnte.)

Mittags beim Essen:

Na, du hast doch gekocht?

Es gibt nur Spargel mit Kartoffeln, sonst nichts.

Ich brauche keinen Schinken.

Er gehört aber dazu. Eigentlich müßte man Spargel auch mit Buttersauce essen. —

Ich esse mit den Fingern und schlecke sie nachher ab, das genügt mir auch.

Und um 3 Uhr hast du wieder Hunger und willst Brötchen zum Kaffee. Aber dir soll mal gezeigt werden, wie man spart. —

Wenn man wie du Kaffee trinken gehst und Kuchen ist.

Das ist eine Gemeinheit. Gar nichts tue ich für mich. Jawoll, mit dem bißchen Haushaltsgeld kann man auch noch Sprünge machen! Ha! ha! ha!

*

Sommer—Frische—Briefe.

I. Eine Strohwitwe an der Nordsee an ihren armen verlassenen Mann.

Schick mir den Wintermantel und die Biberboa,
Ich sitze hier, als wär ich in der Arche Noah.
Es regnet morgens, mittags, abends, nächtlich.
Man mopst in der Pension sich ganz beträchtlich.
Schick auch die Reisedecke und den dicken Shawl,
Vor Kälte liegt man schon um acht im Futteral.
Schick endlich einige Tausend noch per Telegraph
Und schreib mir, Männi, ob Du denn auch wirklich brav,
Sonst komm ich auf der Stelle heim zu Dir,
Du amüsierst Dich sicher dort, dieweil ich hier erfrier!

II. Ein Strohwitwer im Gebirge an seine arme daheimgelassene Gattin.

Schick mir den Regenmantel und die Gummischuhe,
Hier regnets abends, mittags und auch in der Fruhe.
Wir dreschen Skat in einer elend kalten Bude,
Die Wolken ziehn so tief, man streift sie mit dem Hute.
Schick auch die wollnen Socken und das Jägerhemd,
Im Minimum mit Schnee und Eis hier eingeklemmt,
Denk ich in heißer Liebe nur an Dich, mein Kind,
Drum schick mir aus dem Herrenzimmerbücherspind
Noch einige tausend Mark, weil trotz der Hundekält'
Die Preise dauernd steigen und das Barometer fällt!

III. Die rosenrote Antwort der w—armen Daheimgebliebenen.

Mein „teurer“ Schatz, wärst Du bei mir daheim geblieben,
Ich hätte Dir die Zeit viel billiger vertrieben.
Du hättest gespart die schandbar teure Reise,
Die Kurprozente und die wildgewordenen Fremdenpreise.
Denn denke nur, seitdem der Dollar etwas fiel,
Sind hier bei uns die Preise wieder ganz zivil.
Das Huhn legt Eier schon das Stück zu 30 Cent,
Wobei den lieben langen Tag die Sonne brennt,
Und das Familienbad ist hier kein kalter Traum,
Darinnen treu und brav ich bin — Du glaubst es kaum!

*

Hygienische Unterlassungssünden.

Während man im allgemeinen feststellen kann, daß sich gute Umgangsformen mehr und mehr durchsetzen, ist es eigenartig, daß diejenigen Formen, welche durch die Hygiene geboten sind, nur schwer Eingang finden. Und gerade diese sind die wichtigsten. Es müßte zum Beispiel selbstverständlich sein, daß ein leicht Fiebernder nicht in Gesellschaft geht, kann er doch nicht wissen, ob die Erhöhung der Blutwärme nicht ihren Ursprung in einer ansteckenden, auf andere übertragbaren Krankheit hat. Sehr viel schlimmer aber ist es, wenn ein mit Husten behafteter Mensch ohne jede Vorsicht mit offenem Munde loshustet. Es gibt eine Anzahl Krankheiten, die dadurch übertragen werden, daß feine, beim Husten in die Luft gespritzte Tröpfchen zur Einatmung seitens eines Gesunden gelangen. Dahin gehören zum Beispiel die Masern, die Grippe, der Keuchhusten, Scharlach, Diphterie, Gelenkrheumatismus. Die mit den Tröpfchen ausgehusteten Bakterien werden durch die Nase oder den Mund eingeatmet, siedeln sich auf dem neuen Nistboden (Mandeln, Rachen, Hals und Lunge) an und führen zu einer Neuerkrankung. So können ganze Epidemien entstehen. Bei der Tuberkulose ist die sogenannte Tröpfcheninfektion die häufigste und gefährlichste Art der Übertragung der Krankheit. Wenn man bedenkt, daß es ein leichtes ist, Kindern im Elternhause und in der Schule beizubringen, daß sie bei jedem Hustenanfall den Handrücken vor den Mund halten, den Kopf wegdrehen und zurücktreten, so nimmt es wunder, daß diese infache Umgangsform, die hygienisch fest begründet und deren Beachtung so wenig schwierig ist, noch recht wenig Eingang gefunden hat. So mancher Krankheitsfall würde nicht zur Entstehung kommen, wenn die Umgangsformen sich auch auf das Gebiet der Hygiene ausdehnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0002

Provinz und Nachbarländer.

Einer der Rathenau-Mörder nicht durch Selbstmord geendet?

Als die Kommission das Burgzimmer in Saaleck betrat, war sie wohl sicherlich, wie das bisher auch überall in den Zeitungen gemeldet wurde, der Meinung, daß Fischer und Kern durch Selbstmord geendet hätten. Erst die genaue Untersuchung legte eine andere Vermutung nahe. Vor dem Eindringen in die Burg wurden von den Polizeibeamten Schüsse auf die Fenster abgegeben, deren Spuren noch zu sehen sind. Und nun beobachtet man: Kern hat einen Schuß in den Hinterkopf, liegt halbzugedeckt mit über der Brust gekreuzten Armen auf dem Bett. Die Pistole befindet sich auf dem Nachttisch. Ein Selbstmörder kann eine solche Lage nicht einnehmen. Vielleicht hat ihn Fischer vor seinem eigenen Selbstmord erschossen? Aber man findet eine große Menge blutgetränkter Wattebäuschchen, welche beweisen, daß Fischer lange Zeit versuchte, die blutende Kopfwunde zu stillen. In der Nähe des Fensters entdeckt man Blutspuren, ebenso an einem Pfeiler, an den Kern beim Hinschlagen angestoßen sein könnte. Also solche Momente verdichten sich zu der Annahme, daß Kern durch einen Schuß der Polizeibeamten in den Hinterkopf getroffen wurde. Sein Gefährte legte ihn aufs Bett und pflegte ihn. Dazu kommt, daß nur aus einer Pistole geschossen wurde. Sie trägt am Ende ihres Laufes Blutspuren, muß also dicht an den Kopf angesetzt gewesen sein. Tatsächlich endete Fischer durch einen Schuß in die Schläfe. Über dem Ende der Rathenau-Mörder schwebt also noch ein ungelöstes Rätsel. Es scheint aber so, als ob nur der eine durch Selbstmord endete. Beide zusammen hätten wohl auch dem Eindringen der Beamten mehr Widerstand geleistet.

In dem oberen Burgzimmer, in welchem die Betten Dr. Steins und seiner Frau stehen, herrscht ein wüstes Durcheinander, das an Bilder aus der Kriegszeit erinnert. Zigarettenschachteln, Zeitungen, vor allem die „Deutsche Zeitung“, Bierflaschen, darunter eine aus Salzwedel, liegen zwischen Kleidungsstücken, Waschgeschirren, Überresten von Essen. Ein großes Bündel Karten beweist, daß die Mörder bei einem Entwischen auch ihren Weg weiter gefunden hätten. In ihrem Besitz wurden noch über 3000 ℳ gefunden. Alle wichtigen Ausweispapiere waren dagegen vernichtet. Ein Fernglas, mit dem die Mörder wohl die Umgegend der Burg unter Beobachtung hielten, liegt auf dem Bett. Die Bettmatratzen und Decken sind von Blut getränkt. Im Waschtischkasten entdeckte man abgeschossene Patronenhülsen; Shagpfeifen, Tabaksbeutel liegen umher. Der romantische Frieden eines Burgzimmers, in dem man von alten Zeiten der Ritter und Burgfräulein träumen konnte, ist gründlich zerstört.

Raubüberfall.

Halle, 20. Juli. In Salzwedel wurde seit Dienstag die 18jährige Tochter des Fabrikbesitzers Dr. Neukranz, die eine Radtour in die Nähe der Stadt unternommen hatte, vermißt. Nach längerem Suchen fand man sie mit einer schweren Kopfwunde in einem Rübenfeld. Man brachte die Bewußtlose in die Klinik nach Salzwedel, wo sie noch nicht vernehmungsfähig ist. Anscheinend handelt es sich um einen Raubüberfall.

Die Sicherheit im Mansfeldischen.

Eisleben, 20. Juli. Anläßlich einer Anfrage im Reichstage hat Dr. Köster erklärt, daß die Sicherheitsverhältnisse im Mansfelder Bezirke sich sehr gebessert hätten, seitdem in Eisleben, Hettstedt und Mansfeld dauernd Schutzpolizei stehe. Die Eigentumsvergehen hätten seitdem stark abgenommen. Allerdings ließen sich plötzliche Raubüberfälle, wie der kürzlich auf der Halle-Hettstedter Bahn bei Cöllme verübte, auch durch Schutzpolizei nicht immer verhindern. Die preußische Regierung beabsichtige nicht, die Schutzpolizei in der Mansfelder Gegend zu vermindern.

Mord?

Sonneberg, 20. Juli. In der Nacht zum Montag wurde in Neuhaus (Kr. Sonneberg) der Telegraphenarbeiter Engel aus Oberlind erstochen. Er war 22 Jahre alt und als ruhiger Mensch bekannt. Am Sonnabend und Sonntag hatte er sich in Neuhaus aufgehalten und befand sich auf dem Heimweg, als man ihn in seinem Blute, an den letzten Häusern von Neuhaus, als Leiche vorfand. Der Täter und sein Grund zur Tat sind noch unbekannt. Engel wollte sich in Kürze verheiraten.

Kleine Rundschau.

Beim Baden in der Tongrube der Ziegelei bei Großquenstedt ertrank der Zimmermannslehrling G. aus Halberstadt. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Ein 17jähriges Dienstmädchen vergiftete sich in Dessau durch Leuchtgas. Der Grund zur Tat ist völlig unbekannt. — In Grund im Harz bei Goslar wurde ein Banklehrling der Kreissparkasse Sehnde festgenommen, der dort 150 000 ℳ unterschlagen hat. — Gegen die Stimmen der Rechten sind von der Stadtverordnetenversammlung in Delitzsch Abänderungen von Straßennamen vorgenommen, wie in vielen anderen Städten Mitteldeutschlands.

Merseburg und Umgegend.

20. Juli.

Vorsicht, Geschlechtskranke!

Die Geschlechtskrankheiten waren von jeher ein besonders beliebtes Ausbeutungsobjekt für gerissene Geschäftsmacher. Die ernsten Bemühungen verantwortungsvoller Stellen, dieser Seuchen Herr zu werden, machen ihnen nun einen sehr unangenehmen Strich durch die Rechnung. Da sie gegen deren gemeinnütziges Wirken nichts einwenden können, so versuchen sie es, das Vertrauen der Bevölkerung in die dort empfohlenen Heilmethoden zu untergraben. Zum Teil geschieht dies, wie der Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung schreibt, unter dem Scheine wissenschaftlicher Aufklärung über die richtige Art der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. Ein Verlag macht z. B. „im Interesse des Volkswohles“ sogar sich anheischig, eine bestimmte Zahl von Broschüren gratis abzugeben — Eile sei geboten, sonst seien sie vergriffen. Am Ende solcher Ausführungen, die vor Jod, Quecksilber, Salvarsan und den sonstigen bewährten Mitteln als Giften gruselig machen, folgt dann — die Empfehlung irgend eines neuen Verfahrens oder einer Methode oder eines Institutes. Oder es werden vielverheißende Versprechungen gemacht: „von schneller, gründlicher Heilung durch giftfreie Kuren, ohne Einspritzung, ohne Berufsstörung, auch bei veralteten Fällen“, oder es wird ein „besonderes Naturheilverfahren“ oder eine „langerprobte Kräuterkur“, eine „Anleitung zur erfolgreichen Selbstbehandlung“ in Aussicht gestellt. Besonders eindrucksvoll erscheint es, wenn Dankschreiben Geheilter dabei angeführt werden. Wiederholt sind solche als gefälscht nachgewiesen worden.

Aber das brauchen sie gar nicht zu sein. Wer ein wenig über das Wesen der Geschlechtskrankheiten unterrichtet ist, weiß, daß solche Zeugnisse gar nichts für den Wert der Kur beweisen. Heilen doch die Geschlechtskrankheiten recht oft, freilich nur scheinbar, aus, ganz gleichgültig, was oder ob man überhaupt etwas dagegen unternimmt. Wird in dieser Zeit ein Zeugnis den beglückten Kranken ausgestellt, dann hat der Geschäftsmann, was er will, der Kranke freilich nicht: denn nach kürzerer oder längerer Zeit bricht sein Leiden wieder aus! Er ist aufs brüchige Eis geführt und nicht nur das! Er wird auch zum Volksschädling durch die schwere Gefahr der Ansteckung anderer. Jahrzehntelang durchgeführte genaue Beobachtungen haben übrigens gezeigt, wo es hinführt, wenn man die bewährten Heilmittel, wie Jod und Quecksilber, beiseite schiebt: 600 Prozent häufiger treten dann die schweren Nachkrankheiten der Syphilis, wie Gehirnerweichung, Rückenmarksschwindsucht, Gehirnsyphilis auf. Die Hetze gegen das Salvarsan aber beruht auf einseitiger Hervorhebung übler Zufälle. Wer wollte die Narkose verdammen, unter der Tausende schmerzlos ihrer Genesung zugeführt werden, nur weil gelegentlich ein Unglücklicher nicht mehr aus ihr erwacht? Salvarsan wird eben angewandt, weil es noch bessere Erfolge erzielt als das Quecksilber. Man hüte sich also davor, solchen Anpreisungen zu glauben, und eine solche „Behandlung“ für angebracht zu halten, die nur eines sicher bewirkt: die Taschen der rührigen Geschäftsmacher zu füllen.

*

** **Von der Regierung.** Der hiesigen Regierung ist zur besonderen Verwendung Oberregierungsrat Freysing zugeteilt worden. Er war früher beim Oberpräsidium der Provinz Sachsen und zuletzt bei der Regierung zu Magdeburg tätig.

** **Personalnotiz.** Bei der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen, hier, ist Direktor Lindemann zum dritten Stellvertreter des Generaldirektors der Sozietät bestellt worden.

** **Meldepflicht für Lungentuberkulose.** Das preußische Staatsministerium stimmte dem vom Minister für Volkswohlfahrt vorgelegten Entwurfe des preußischen Gesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose zu. Der Entwurf geht nunmehr dem Staatsrat zu, und wird dann veröffentlicht. Der Gesetzentwurf beschränkt sich im wesentlichen auf die Einführung der Meldepflicht bei Erkrankungen an ansteckender Lungentuberkulose und auf Ausfüllung einiger Lücken in der Fürsorge.

** **Amerikanisches Fleisch für Deutschland.** Aus New-York wird gemeldet: Deutsche Käufer haben mit dem Fleischpacker Edward Morris einen Vertrag auf Verschiffung von zehn Millionen Pfund Fleischwaren im Werte von einer Milliarde Mark abgeschlossen. Die erste Sendung nach Deutschland, die fünfzig Waggonladungen enthält, ging am Sonnabend ab, der Rest folgt binnen zwei Wochen. Einzelheiten über die finanziellen Abmachungen sind noch nicht bekannt.

** **Fahrpreisermäßigung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege.** Einem Antrage des Zentralkomitees des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz stattgebend, hat der Reichsverkehrsminister Anweisung gegeben, daß die jetzigen Tarifbestimmungen über Fahrpreisermäßigung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege auf das Pflegepersonal der Sanitätskolonnen und Pflegerschaften vom Roten Kreuz insoweit angewandt werden, als dieses die Krankenpflege im Hauptberuf ausübt. Außerdem ist die Fahrpreisermäßigung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege und der Magdalenenstifte sowie für mittellose Kranke und andere hilfsbedürftige Personen auf die 4. Wagenklasse ausgedehnt worden. Mit Rücksicht auf die beginnende Reisezeit hat der Reichsverkehrsminister bestimmt, daß die Ausdehnung der Fahrpreisermäßigung schon mit Wirkung vom 15. Juli 1922 ab auf die Reichsbahn in Kraft tritt.

** **Die Ausschachtungsarbeiten für den Bau der Reichsbanknebenstelle** sind in den letzten Tagen begonnen worden. Auf der Baustelle an der Halleschen Straße gegenüber Beths Gesellschaftshaus sind Arbeiter damit beschäftigt, den Boden zu planieren und auszuschachten.

** **Zwei Merseburger Katzensagen.** In dem interessanten, reichillustrierten Büchlein Thilo v. Trotha, Bischof zu Merseburg, das, von O. Reuschert-Merseburg bearbeitet, als Gedenkblatt für den berühmten Bischof im Buchhandel erschien, wird auf Seite 48 eine Katzensage erzählt, die sich neben der bekannten Rabensage an den Bischof knüpft. Auch von dem letzten Bischof des ehemaligen Bistums Merseburg; Michael Sidonius Heldingk (1549—1561), erzählte man sich in früheren Zeiten eine ähnliche Katzensage; sie lautet: Bischof Michael Sidonius hatte große Vorliebe für Katzen. Er hielt sich deshalb eine Menge derselben in den verschiedensten Farben und ließ sich sogar von ihnen auf seinen Spaziergängen begleiten. Eines Tages reiste er nach Magdeburg. Nicht weit von Merseburg hörte er im Walde ein ganz seltsames Geräuch, und nach längerem Umherspähen erblickte er eine Schar Katzen auf einem Hügel (Katzenberg bei Burgliebenau?). Diese lustige Katzengesellschaft machte ihm so viel Vergnügen, daß er den Wagen halten ließ, eine Zeit lang ihrem munteren Treiben zusah und endlich ihnen scherzend zurief: „Seid ihr alle hier versammelt? Fehlt keine?“ „Alle“, antwortete ihm ein alter Kater, „bis auf die Katze des Bischofs, die wir noch erwarten.“ Als der Bischof von seiner Reise heimgekehrt war, lockte er seine schwarze Katze, die er ihrer seltsamen Sprünge und Kunststücke wegen gern um sich hatte, heran, streichelte sie und erzählte ihr, was er auf dem Berge gesehen. Danach fragte er, warum sie an der großen Katzenversammlung nicht auch teilgenommen habe. Auf diese Rede hin fuhr die Katze mit wildem, widrigem Geschrei zum Fenster hinaus durch die Luft und kehrte nie wieder zum Bischof zurück. — rt.

** **Achtung! Selbstschüsse!** Gegenüber dem früheren Gefangenenlager sollte, wie uns berichtet wird, in letzter Nacht scheinbar wieder ein größerer Kartoffeldiebstahl ausgeführt werden, der jedoch durch die vom Besitzer ausgelegten Selbstschüsse vereitelt worden ist. Denn als der Flurschutzbeamte heute am zeitigen Morgen die ausgelegten Selbstschüsse kontrollierte, fand er 5 Schuß ausgelöst und eine große Blutspur bewies ihm, daß der Dieb ziemlich verletzt worden ist. Wir können daher nur vor dem Betreten der Felder warnen. D. Red.

*

Tageskalender.

Donnerstag den 20. Juli.

Beth: Gesellschaftsabend.

*

Wetterwarte.

B. W. am 21. 7. (Freitag): Ziemlich trüb, windig, ziemlich kühl, zeitweise Regen. — 22. 7. (Sonnabend): Abwechselnd heiter und wolkig, ziemlich kühl, etwas windig.

Die Hoffnung des Landwirts auf wärmeres Wetter.

Die letzten Tage haben den durstenden Fluren endlich den langersehnten Regen gebracht. Besonders am vergangenen Freitag spendete der Himmel viel von dem köstlichen Naß. Es war aber auch höchste Zeit, denn alles draußen in der Natur sah schlecht aus. Getreide, Gemüse und Kartoffeln standen schlecht, die Wiesen wurden grau und sahen wie verbrannt aus; Obst fiel in Unmengen von den Bäumen und die Blätter färbten sich schon herbstlich bunt. Jetzt nach dem Regen zeigt alles wieder ein frisches Aussehen. Leider fehlt nun die Wärme, die gerade jetzt zum Reifen des Getreides unbedingt notwendig ist. Die Aussichten auf besseres Wetter für die nächsten Tage sind noch nicht günstig. Das Barometer steigt noch nicht, es steht noch immer auf derselben Stelle wie in den letzten Tagen. Der Sturm, der vorgestern und gestern tobte, hat wieder viel Schaden angerichtet. Überall hat er seine Spuren hinterlassen, Obst schüttelte er von den Bäumen, Äste und Zweige brach er ab und hier und da warf er sogar Bäume um. Auch an den Häusern richtete er Schaden an. Aufenthalt im Freien suchte bei dem Sturm keiner mehr. Wer nicht hinaus mußte, blieb lieber in seiner Klause.

*

Gemeinderatssitzung in Papitz.

Der kommissarische Amts- und Gemeindevorsteher Hirschfeld eröffnete um 8¼ Uhr die zum Montag den 17. Juli einberufene öffentliche Sitzung, zu der sämtliche Schöffen und Gemeindeverordneten erschienen waren.

Die bekannte außerordentlich schwierige Finanzlage der Gemeinde macht es notwendig, jede nur erdenkliche Steuerquelle auszuschöpfen. Es wurde deshalb die Einführung einer Grundsteuerordnung nach dem gemeinen Wert und einer Wertzuwachssteuerordnung beschlossen.

Die in § 1 festgelegten Steuersätze der gegenwärtig geltenden Hundesteuerordnung entsprechen in keiner Weise mehr den Zeitverhältnissen. Es wurde deshalb ein 1. Nachtrag zur Hundesteuerordnung der Gemeinde Papitz vom 18. Mai 1921 beschlossen, und die Jahressteuer für den ersten Hund auf 200 ℳ, den zweiten Hund auf 400 ℳ erhöht und für jeden weiteren Hund eine weitere Steuer von 200 ℳ festgesetzt. Für Kettenhunde, die lediglich zur Bewachung von Grundstücken dienen, sind 20 ℳ Steuer zu zahlen.

Die Umwandlung des seitens der Kreisbaubank seinerzeit gewährten Baudarlehens von 43 750 ℳ in ein Kreissparkassendarlehen wurde genehmigt.

Bereits im Jahre 1918 war von der Gemeindevertretung die

Gründung einer Gemeindesparkasse

einstimmig beschlossen worden. Der damalige Gemeindevorsteher hat den Beschluß aus nicht festzustellenden Gründen nicht zur Ausführung gebracht. Da die Sparkassen bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse allmählich Zuschußinstitute der Gemeinden werden, ist die Errichtung einer selbständigen Sparkasse für die Gemeinde zurzeit selbstverständlich nicht mehr diskutabel. Die Papitzer Einwohner, insbesondere die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute, sind aber gezwungen, ihre Geldgeschäfte mit den Schkeuditzer Banken und Sparkassen bezw. mit noch weiter entfernt gelegenen Kassen zu erledigen.

Der Bedarf und die Notwendigkeit einer solchen Kasse muß unbedingt anerkannt werden. Es blieb daher die Errichtung einer Zweigstelle zu erörtern. In Frage kommt nach dem Erlaß des Ministers des Innern vom 26. November 1885 nur die

Errichtung einer Zweigstelle der Kreissparkasse Merseburg.

Diese hatte sich bereit erklärt, der Errichtung einer Zweigstelle in Papitz näherzutreten und hierüber eine Entscheidung des Kuratoriums und des Kreisausschusses herbeizuführen. Der Gemeinde werden durch die Errichtung der Zweigstelle keinerlei Kosten entstehen, sie wird vielmehr mit einem entsprechenden Prozentsatz an dem Umsatz der Zweigstelle beteiligt werden. Der Reingewinn der Zweigstelle der Kreissparkasse kommt somit der Gemeinde und dem Kreise zugute und hilft Gemeinde- und Kreislasten tragen. Für Einlagen haftet der Kreis mit Grund und Boden und seiner Steuerkraft. In der Voraussetzung, daß sämtliche Papitzer Einwohner, insbesondere die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute, von dieser Einrichtung, die lediglich in ihrem Interesse geschaffen worden ist, ausgiebig Gebrauch machen, wird die Errichtung einer Zweigstelle der Kreissparkasse Merseburg, die alle neuzeitlichen Kassen- und Bankgeschäfte ausführen wird, bei der Gemeindekasse Papitz einstimmig zugestimmt. Die Übernahme eines Sechstels des Landesdarlehens zum Ausbau von zwei Giebelwohnungen in den Gemeindehäusern wurde gleichfalls genehmigt. Der Gemeindeverordnete Rektor Stahn teilt als Schulverbandsvorsteher mit, daß man sich entschlossen habe, nunmehr mit aller Energie den

Bau einer Turnhalle

zu betreiben, weil die örtlichen Verhältnisse es verlangen, daß eine geeignete Turnstätte für die Schuljugend und heranwachsende Jugend unbedingt geschaffen wird. Er fragt an, ob die Gemeinde bereit ist, den ihr gehörigen Spielplatz, an der Leipziger Straße gelegen, an den Schulverband, zu dem die Gemeinden Papitz, Alt-Scherbitz und Gutsbezirk Modelwitz gehören, zu verkaufen. Die Gemeindevertretung erkennt die Notwendigkeit des Baues, der schon des öfteren behandelt worden ist, an und verspricht in dieser Frage Entgegenkommen zu zeigen. An einen Verkauf des Platzes, der an günstiger Stelle der Gemeinde gelegen, ein außerordentliches Wertobjekt bedeutet, wird nicht gedacht werden können, weil andererseits auch mit einer Genehmigung des Kreisausschusses hierzu auf keinen Fall gerechnet werden kann. Es bleibt zunächst zu prüfen, ob nicht der Deutsche Turnverein, der über einen ausgezeichneten Turnplatz in unmittelbarer Nähe der Schule verfügt, sich bereit erklärt, im Interesse der Allgemeinheit und der Turnsache das notwendige Gelände, wozu sich die Südfläche des Platzes ganz vorzüglich eignen würde, zur Durchführung des Turnhallen-Baues zur Verfügung zu stellen. In den noch zu führenden Verhandlungen wird es hoffentlich gelingen, den letzten Weg, der zweifellos als der idealste bezeichnet werden muß, zu beschreiten. Nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen wurde die Sitzung gegen 11 Uhr geschlossen.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

§ **Walter Rathenau.** Von Professor Dr. Gaston Raphael (Paris). Dies Buch ist kein Erzeugnis von heute oder gestern. Es soll auch weniger der Verherrlichung des ermordeten deutschen Außenministers dienen, als vielmehr „einen solchen Gegner (wie es der Verstorbene nach Ansicht des französischen Verfassers war) zu studieren, zumal er höchstwahrscheinlich in wirksamer Weise zum Wiederaufbau Deutschlands beiträgt.“ Diese echtfranzösische Art, einem Gegner durch Erkenntnis seiner kulturellen, politischen oder wirtschaftlichen Fähigkeiten entgegenzutreten, wird aber für uns Deutsche in der musterhaft übersetzten Ausgabe des Raphaelschen Buches zu einer tiefgründigen, Walter Rathenau, den Menschen und sein Werk, sehr volkstümlich charakterisierenden Würdigung, die einem gleichzeitig den außerordentlich schweren Verlust, der uns mit der deutsch-völkischen Mordtat betraf, recht eigentlich vor Augen führt. Mensch und Werk, wobei zu betonen ist, daß beide Begriffe unabhängig voneinander nicht denkbar sind! Walter Rathenau, wie er war und wie ihn in seiner überragenden Bedeutung, sei es als Verfechter und Verkörperer des höchsten christlichen Sittengesetzes: der Nächstenliebe, oder sei es als wirtschaftliches Genie und geistvollen Organisator, wie ihn die meisten von uns erst jetzt, also zu spät, kennen und verstehen lernen; Walter Rathenau, der in die Tiefen einer verwickelten und rauhen wirtschaftspolitischen Gegenwart dringt und auf den Flügeln seiner Philosophie sich hinaufschwingt ins „Reich der über den Regionen niederer Herdeninstinkte, Materialismus und Egoismus, sich dehnt — so hat es der Verfasser vermocht, uns Deutschen und der Welt in glänzender, sicherer Darstellung und mit gut gewählten Proben aus Rathenaus Werken ein getreues Abbild eines wahrhaft deutsch fühlenden und deutsch handelnden Mannes zu geben. Darum sollte diese fesselnde Charakteristik, die anschaulich und durchaus sachlich gehalten ist, von keinem deutschen Republikaner unbeachtet gelassen werden.

§ **Die Zeitschrift „Weltliteratur“** veröffentlicht in ihrer letzten Nummer „Ungarische Märchen“ und „Bekenntnisse Grillzeigers.“ Die Juli-Nummer enthält eine anziehende Skizzenreihe „Alte Märchen.“ Die Zeitschrift kann wegen ihres stets gediegenen Inhaltes und des geringen Preises (3,50 ℳ pro Nummer) stets warm empfohlen werden.

§ **Über Wohnlaubenbau** handelt eine Schrift von Magistratsbaurat F. Hellwig, erschienen im Verlag Hochmeister & Thal in Leipzig. Das Buch ist illustriert mit 85 Abbildungen und enthält eine interessante praktische Bauanleitung.

Vermischte Nachrichten.

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt.

Frankfurt (Main), 19. Juli. Durch einen Zufall entdeckte die hiesige Polizei in dem Keller eines Hauses der Kaiserstraße eine mit allen technischen Neuerungen ausgestattete Falschmünzerwerkstatt, in der vor allem Zehntausendmarkscheine hergestellt werden sollten. Die Entdeckung gelang dadurch, daß in einer Bockenheimer Farbenfabrik ein Herr eine bestimmte Farbensorte verlangte und dabei den Namen eines Mannes angab, der zufällig einem im Geschäft anwesenden anderen Herrn bekannt war. Dieser erklärte dem Fremden, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß der Genannte Verwendung für die Farbe haben könnte. Man benachrichtigte die Polizei, die den Fremden verhaftete. Auf dem Polizeirevier legte dieser ein volles Geständnis ab. Es war der Malermeister Baumbach, der sich in einem unter dem eigentlichen Kellergewölbe liegenden Raum eine Werkstätte zur Herstellung falscher Zehntausendmarkscheine eingerichtet hatte. Mehrere hundert Bogen sogenannter Grunddrucke waren schon fertiggestellt.

Raubüberfall im Schnellzug Liegnitz—Breslau.

Breslau, 20. Juli. In der Montag Nacht wurde auf der Strecke Liegnitz—Breslau ein in einem Abteil zweiter Klasse allein reisender Deutschamerikaner, der sich auf der Fahrt nach Oberschlesien befand, von zwei Männern überfallen. Als er um Hilfe rief, erhielt er einen Hieb auf den Kopf, der ihn bewußtlos machte; er wurde dann aus dem fahrenden Zuge geworfen. Von einem Bahnwärter aufgefunden, wurde er mit einem Güterzuge nach einem Krankenhause transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Schwerer Unwetterschaden in Pommern.

Stettin, 19. Juli. Das Unwetter hat in Stettin und der gesamten Provinz Pommern schweren Schaden angerichtet. Die Straßen in den Kleinstädten sind vielfach überschwemmt. Durch das in die Häuser eingedrungene Wasser ist großer Schaden angerichtet worden. Auch die Oderwiesen sind überschwemmt und das teilweise noch nicht eingefahrene Heu ist von der Strömung fortgerissen worden. Im Stettiner Hafen steht das Wasser einen halben Meter über Mittel. Die Fernsprechleitungen nach allen Teilen der Provinz wurden unterbrochen. Durch den Sturm ist die Starkstromleitung der Überlandzentrale Belgard zerrissen, so daß in Schievelbein und anderen Orten die elektrisch betriebenen Werke stillstehen. Auch die Zeitungen konnten vielfach nicht erscheinen.

Die Flucht der Rathenaumörder.

Berlin, 20. Juli. Die bei den Rathenaumördern gefundenen Gegenstände haben bereits zu einigen Schlüssen geführt über den Weg, den sie genommen haben. Wo und bei welcher Gelegenheit Kern den Schrotschuß erhielt, konnte noch nicht ermittelt werden.

2170 Kronen — für ein Brot.

Wien, 20. Juli. Das Brot kostet infolge der neuerlichen Geldentwertung 2170 Kronen. Entsprechend sind die Preise der übrigen Lebensmittel gestiegen.

Brand eines New-Yorker Warenhauses.

New-York, 20. Juli. Bei einem Brande eines Warenhauses wurden zwei Personen getötet, 30 verletzt. Alle New-Yorker Feuerwehren waren an der Brandstelle tätig.

Teuerungskrawall auf dem Bingener Wochenmarkt.

Auf dem Bingener Wochenmarkt kam es wegen der anziehenden Preise zu einem Teuerungskrawall. Ein Lehrer wurde bei dem Versuch, die Tumultanten zur Vernunft zu bringen, schwer mißhandelt. Erst die Polizei vermochte die Ruhe wieder herzustellen.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil und Feuilleton; Kurt Weinhold für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Franz Gomm für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Verlobt.

Frieda Gebhardt mit Studienrat Jgn. Müller, Halle; Anni Machel m. Albert Strich, Gollau; Elisabeth König m. Dr. jur. Werner Elkan, Halle; Marta Schmidt Oberrißdorf, m. Willi Kunze, Reideburg.

Gestorben.

Paul Goldschmidt, 52 J., Halle; Lehrer Max Hieke, Hohenchlau.

2000 Mark Belohnung und hohe Miete zahlt Priv. Beamter für Abgabe von 2—3 möbl. oder leeren Zimmern mit Kochgelegenheit in best. Hause. Ang. u. 462 an die Exp. d. Bl.

Aelterer, alleinst., besserer Professionist sucht gut möbliertes Zimmer sofort oder später. Werte Angeb. unter 461 an die Exp. d. Bl. erb.

Solider ruhiger Herr sucht sofort oder zum 1. August **möbliertes Zimmer oder bessere Schlafstelle.** Ang. u. 464 an die Exp. d. Bl.

Sehr solider anst. Kaufm. **sucht möbl. Zimmer.** Ang. u. 452 an die Exp. d. Bl.

Schlafstelle von jüngerem Mann gesucht. Ang. u. 450 an die Exp. d. Bl.

Wie wir Ihre Rückgraberkrümmung ohne Berufsstörung bessern u. gut heilen, zeigt unser Buch mit 50 Abbild. Zu beziehen gegen Einsendung von 15 Mk. oder gegen Nachnahme von **FRANZ MENZEL** Leipzig-Schleussig 133.

Ein Herrenüberzieher und ein Entlaway zu verkaufen Obere Breite Str. 22, I.

Waschmaschine (Herold) sowie **eine Zinkbadewanne** zu verkaufen Weißenfelser Str. 7, 1 Tr.

Fahrrad, fast neu, zu verkaufen Neumarkt 74.

Gestern nachmittag entschlief nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schneidermeister

Franz Biermann

kurz vor seinem vollendeten 58. Lebensjahr

In tiefem Schmerz
Anna Biermann geb. Bauer
nebst Kindern und Angehörigen.

Merseburg (Jorckeplan 4), Jena, Hildburghausen, den 20. Juli 1922.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm 4 Uhr von der Kapelle des städt. Friedhofes aus statt.

Trauerdrucksachen liefert in kürzester Frist **Buchdruckerei Th. Rößner** Merseburg.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent". (Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Eine gebrauchte, noch gut erhaltene **Sackkarre** zu kaufen gesucht **Carl Eckardt,** Gotthardtstraße Nr. 8.

Zu verkaufen: 1a Photo-Apparat. Nachmittags 4/6 bis 6 Uhr Obere Breite Str. 17, I.

3 junge Hunde, 1 Tafelwagen für kleines Pferd oder Esel zu verkaufen Trebnitz 8.

Lästige Härchen! entfernt sofort schmerzlos Crinex-Enthaarungspuder, zu haben Ritter-Drogerie. Merseburg.

Platin altes Gold und Silber kauft zu höchsten Tagespreisen **Theodor Kraft, Gotthardtstraße 13.**

Inventar-Auktion!

Sonnabend, den 22. Juli d. J., vorm. 10 Uhr im Gasthof „Zur grünen Linde" in Merseburg **Versteigerung** gegen Barzahlung von:

2 mittleren Arbeitspferden, 1 zweieinhalbzöll. Leiter- u. 1 dreizöll. Höhlenwagen, 1 Tafelwagen (60 Ztr. Tragkraft), 1 Drillmaschine, 1 Grasmäher, 1 Düngerstreuer, 1 Kartoffelredemaschine, 1 fast neuen Häckselmaschine, 1 Heuraufe, 1 Tauchenfaß, Ledergeschirren, 2 kompl. Pferdegeschirren, 1 Schweinenetz, 1 Sprange mit 4 Fächern, 1 Flaschengestell und versch. andere Wirtschaftsgegenstände.

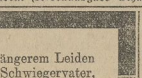
Besichtigung eine Stunde vorher.

Albert Franke, beeid. Auktionator.

S. Nemtschenko Uhren und Goldwaren Schmale Strasse 17 (gegenüber Just's Speisewirtschaft).

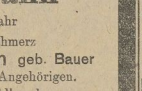
Die Tatsachen beweisen! den unbestreitbaren Erfolg der Reklametätigkeit im **„Merseburger Korrespondent".** (Nebenausgabe: Schafstädter Zeitung.)

Nur 2 Tage! 21. 7. u. 22. 7. **Herren- und Damenstoffe** in reichlicher Auswahl empfiehlt **G. Burda,** Gasthof Goldener Stern, Merseburg, Neumarkt.



R.-C. Preußen E. V. Sonntag, den 23. Juli, finden auf unserem Sportplatze **unsere leichtathletisch. Vereinswettkämpfe** statt. — Schüler u. Jugend: vorm. 9 Uhr. Mitglieder: nachmittags 1 Uhr. Der Athletik-Ausschuß.

Kleinkunstbühne Neues Schützenhaus. Dir. H. Ellenberger. Täglich 8 Uhr das große Juli-Programm. Erstkl. Kabarettkünstl. Jeden 4. Tag Programmwechsel.



Hühneraugen Hornheut, Schwielen, Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos **Kukirol** In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich. Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad **Drogerie Atzel, Entenplan.**

Pa. neue Kartoffeln empfiehlt in jeder Menge zu billigsten Preisen **Sand 26. Lippold. Sand 26.**

Die beliebten Strumpftage

Beginn: Freitag **21.** Juli vorm. 1/2 9 Uhr Infolge d. bekannt. Andranges wird alle 2 Stunden 1/2 Stunde geschlossen u. kann die Veranstaltung nur bis Donnerstag **27.** Juli durchgeführt werden.

Großen Posten **leere Kisten** gibt ab **Carl Eckardt,** Gotthardtstraße 8.

Geschäftsdrucksachen aller Art liefert preiswert **Buchdruckerei Th. Rößner**

Alte Truhe zu kaufen gesucht. Ang. u. 458 an die Exped. d. Bl.

Junger Hund, Rehpinscher oder Foxterrier, zu kaufen gesucht. Ang. u. 459 an die Exp. d. Bl.

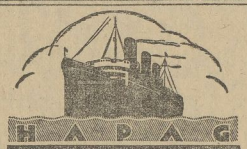
Neue Kartoffeln heute eingetroffen. Gebe selbige zu billigstem Tagespreis ab. Wiederverkäufer und Großverbraucher extra Preise. **Karl Nachtsel** Kartoffel-Großhandlung Gr. Ritterstr. 12 — Tel. 641

Freitag früh eintreffend **Pa. Seelachs o. K. feinste Fettbücklinge** empfiehlt **Emil Wolff,** Roßmarkt.

Heute nachmittag 5 Uhr, bis morgen früh 10 Uhr, steht ein Transport **Läuferschweine** im Gasthof Goldener Stern, Merseburg zum Verkauf. **Robert Nickel.**

Abgabe nur einzelner Paare. — Barverkauf. — Kein Umtausch.
Alles Nähere sagen unsere Schaufenster.

Carl Stürzebecher — — Spezialgeschäft für Strumpfwaren. — —



HAMBURG-AMERIKA LINIE GENERALAGENT DIENST MIT DER **UNITED AMERICAN LINES INC** Nach **NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA** AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende 1. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer. Etwa wöchentliche Abfahrten von **HAMBURG NACH NEW YORK** Auskünfte und Drucksachen durch **HAMBURG-AMERIKA LINIE** HAMBURG und deren Vertreter in: **Halle a. d. S.,** Georg Schultze, Bernburgerstrasse 32.

Telegramm!

Snob-Motor erzielte bei Eifelrundfahrt um die deutsche Touristentrophäe am 14. 7. überlegen: **1. und 3. Preis.** Wieder ein Beweis, daß der Snob-Einbaumotor der leistungsfähigste unter allen Kleinmotoren ist.

Alleinvertretung: **Gustav Engel Söhne.** Tel. 203.

Vereinigte Theater

Kammer-Lichtspiele Kleine Ritterstr. 3. — Telephon 529. — **Modernes Theater** Grosse Ritterstr. 1.

Programme von Freitag bis Montag

Tarzan. II. Teil und Schluß. **Tarzans Roman und Liebe.** Das gewaltigste amerik. Sensations-Schauspiel in 7 Akt. In d. Hauptrolle: **Elmo Lincoln,** der bekannte Darsteller aus Goliath Armstrong.

Knoppchen der Verführer. Ein ganz tolles Lustspiel in 2 Akt. Zum Totlachen.

Der entflohene Hauptdarsteller Eine lustige Episode vom hundertsten Münchener Oktoberfest.

Die Frau mit den 10 Masken. II. Teil: **Der Schatten d. Gehenkten.** Gewaltiger Sensations-Film in 6 Akten mit **Wanda Treumann, Joh. Riemann.**

Großmächte des Lebens. Gesellschafts-Sensations-Drama in 6 Akten mit dem beliebten und größten Charakter-Darsteller **Olaf Fönß.** Ergreifende Handlung. Prächtiges Spiel.

Anfang 5 Uhr. **Sonntag: Große Jugend-Vorstellung.** Sonntag 3 Uhr.

Freitag Schlachtefest. Früh 9 Uhr: Wellfleisch, Gehacktes und frische Bratwurst, nachmittag frische Wurst empfiehlt **G. Fiedler,** Neumarkt 45.

Quittungs-Bücher für Miete, Zinsen, Pacht hält vorrätig Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent"

Jung. Mann, redegewandt, in dauernde Stellung als **Reisender gesucht.** Angebote an Schließfach 57 Merseburg.

Friseur welcher durch Inserate **Frauenhaare** kauft, als dauernder Lieferant von bedeutender Haarfabrik gesucht. Bezahle höchste Preise und vorher Kasse. Ausführl. Offerten u. 467 an die Exped. d. Bl.

Zwei jüngere Kanzlei-Hilfsarbeiter finden dauernde Beschäftigung bei der Städte-Feuersozietät, Lauchstedter Straße 2.

Wegen Erkrankung meines 1. Buchhalters suche **Stenotypist (in)** zur Aushilfe, auch für halbe Tage, für längere Zeit. Bei guten Leistungen eventuell Dauerstellung. Felt, Meuschauer Mühle.

Jungen Bäckergesellen sucht zum 24. d. M. J. Rath, Frankleben.

Ehrliches, sauberes **Mädchen** per 1. August gesucht Frau Baufeld, Gotthardtstraße Nr. 8.

Ehrliches, zuverlässiges **Hausmädchen** für besseren Haushalt zum 1. August gesucht Hälterstraße 21, 1 Tr.

Aufwartung für vormittags sofort gesucht Gr. Ritterstr. 13, 1 Tr.

Ein Korb mit Inhalt stehen geblieben im Laden Hälterstraße 9. Gegen Insertions-Gebühren abzuholen.

Beth's Gesellschaftshaus. **Heute Gesellschaftsabend.** Täglich: Konzert der Kapelle Edelmann. Emil Kortes, Stimmungshumorist.

Jeden Freitag ab 7 Uhr **Casino. gr. Ball.** Otto Seym.

Achtung! Achtung! 10. Club. – Stammtisch. Unseren werten Gästen und Bekannten bringen wir in Erinnerung, daß unser **Sommernachtsball** bei freier Nacht am Sonnabend, den 22. Juli 1922, im „Strandschlößchen" stattfindet.

Mehrere tüchtige **Schlosser-Gesellen** stellt ein **W. Dietze Nachf.** Inh. O. Meister. Gotthardtstraße 44.

Maurer und Bauarbeiter stellen ein Döring & Lehrmann A.-G. Zu melden beim Polier Kühne, Grube Otto, Körbisdorf.

20 tüchtige Tischler für weiße und furnierte Möbel, **mehrere Glaser** stellt bei hohem Lohn ein **Möbelfabrik Schwimmer,** Neumarkt 22.

Ordentliche Frau, Kriegsbeschädigter oder Kleinrentner für leichte Botengänge, Kassieren und Zeitungsausgeben sofort bei gutem Verdienst **gesucht.** Paul Richter, Leipzig 13, Fuchsheinerstraße 2.

Chauffeur für 2 Tonnen-Lastauto, der auch andere Arbeiten mit übernimmt, für bald gesucht **Arthur Kornacker.**

Anzeigen aus Schafstädt und Umg. Geschäftsstelle: Buchdruckerei O. Brünner Tel. 74. in Schafstädt. Tel. 74.

Bekanntmachung. Freitag abend 8 1/4 Uhr Stadtverordnetensitzung. Schafstädt, den 19. Juli 1922. Der Stadtverordnetenvorsteher.

Wachsame Hündin (Rattenfänger) mit 2 Jungen abzugeben Langestraße 43.

Braun u. wß. Jagdhund (Hündin) zugelaufen Theile, Dornstedt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0004

Die Zwangsanleihe.

Der Reichstag hat nunmehr auch in dritter Lesung das Gesetz über die Zwangsanleihe verabschiedet. Der zur Durcharbeitung dieses Gesetzentwurfes zuständige Steuerausschuß des Reichstages hat die von der Regierung auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt. Hatte doch der zuständige Vertreter des Ministeriums auf einer Tagung des Hansabundes vor Beginn der Beratungen im Reichstag gegenüber den vielen Beschwerden, die gegen die Regierungsvorlage geltend gemacht wurden, erklärt, daß es ja Aufgabe der weiteren parlamentarischen Arbeit sei, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten stärkere Berücksichtigung zu verschaffen.

Im einzelnen ist aus den Ergebnissen der Reichstagsarbeit folgendes hervorzuheben:

Die Regierung hat ursprünglich vorgesehen, daß eine Höchstbezifferung des Anleihebetrages im Gesetz nicht festgelegt werde. Bei der Schärfe des Regierungstarifs und der Unsicherheit der Ertragsschätzungen schwankten die Ziffern, die als Aufkommen aus der Zwangsanleihe in sachverständigen Kreisen errechnet wurden, zwischen 60 und 120 Milliarden Papiermark. Hier hat der Ausschuß eine Höchstgrenze von 70 Milliarden Mark festgelegt und dabei bestimmt, daß, wenn die Einnahmen diesen Betrag um mehr als 4 v. H. übersteigen, also das Gesamterträgnis über 72,8 Milliarden hinausgeht, der überschießende Betrag den Zeichnungspflichtigen anteilig zurückzugewähren ist, während umgekehrt, sofern das Gesamterträgnis um 4 v. H. hinter 70 Milliarden zurückbleibt, also weniger als 67,2 Milliarden beträgt, der fehlende Betrag anteilig durch Zuschläge nachzuzeichnen ist.

Bei allen kritischen Besprechungen der Regierungsvorlage war darauf hingewiesen worden, daß in der Handhabung der Zinsfrage in der Unsicherheit der etwaigen Lombardierung der Anleihestücke usw. außerordentliche Druckwirkungen auf die Kurshöhe der Zwangsanleihe ausgelöst würden, die man für die ersten zinsfreien Jahre nur auf einen Kurs von 35—40 v. H. schätzte. Die Frage der Verzinsung hat eine den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende und eine direkte Vermögenskonfiskation durch allzu starke Kursverluste verhindernde Regelung gefunden, indem man über die Vorschläge des Reichsrats hinaus die unverzinsliche Frist bis zum 31. Oktober 1925 festlegte, für die Zeit bis zum 31. Oktober 1930 sodann einen Zinsfuß von 4 v. H. und darüber hinaus einen Zinsfuß von 5 v. H. jährlich festsetzte. Den Zeichnungspreis hat man unter Anerkennung des 1. Novembers 1922 als Stichtag derart festgelegt, daß er von sofortigen Zeichnungen an sich bis zu diesem Stichtag auf 100 erhöht und sodann für die späteren Zeichnungen nicht unerheblich darüber hinausgeht. Der Zeichnungspreis lautet: Juli 1922 94, August 1922 96, September 1922 98, Oktober und November 1922 100, Dezember 1922 101, Januar 1923 102, Februar 1923 104, vom März 1923 ab 106 v. H. des Nennwertes.

Zur Frage der Beleihbarkeit sind im Gesetz selbst bestimmte Festlegungen nicht erfolgt. Doch ist schon bei der ersten Lesung gegenüber diesbezüglichen Anträgen seitens eines Vertreters der Reichsbank die Erklärung abgegeben worden, daß zwar die Reichsbank eine generelle Verpflichtung nicht übernehmen könne, da ihre Lombardtätigkeit durch das Bankgesetz eng umgrenzt wäre; er könne aber erklären, daß die Darlehnskassen die Zwangsanleihe von ihrer Ausgabe an beleihen könnten und sie nach den Grundsätzen beleihen würden, die für die Beleihung sonstiger Wertpapiere des Reiches maßgebend seien. — Die Frage, ob die Anleihe als Sicherheit für fiskalische Ansprüche von dem Anleihebesitzer verwandt werden kann, wurde vom Reichsfinanzministerium dahingehend beantwortet, daß diese Sicherheitsbestellung mit Zwangsanleihestücken ebenfalls so durchzuführen sei wie bei den sonstigen Schuldverschreibungen des Reiches und daß auch wohl zu erwarten wäre, daß dementsprechende Bestimmungen auch bei etwaiger Stundung von Eisenbahnfrachten und dergleichen getroffen würden.

Der Kreis der zeichnungspflichtigen Personen ist durch den Ausschuß nach der Richtung hin eingeschränkt worden, daß die durch das Hypothekenbankgesetz der Staatsaufsicht für den Hypothekenbankbetrieb unterworfenen Bankunternehmungen bezw. Teile von Bankunternehmungen nicht zeichnungspflichtig sind und ebenso hat man die Zeichnungsfreiheit der sogenannten Schachtelgesellschaften zwecks Vermeidung von Doppelbesteuerung durchgesetzt.

Da für die Anleihe eine Höchstgrenze ihres Gesamtertrages im Gesetz festgelegt ist und da es im Zusammenhang mit der vom Ausschuß bei dieser Gelegenheit vorgenommenen Durchberatung der Wertermittelungsrichtlinien zu § 15 des Vermögenssteuergesetzes gelungen ist, hier für die Zwangsanleihe eine volle Sicherung des damals beim Vermögenssteuergesetz Erreichten durchzusetzen, kam dem Tarif keineswegs eine ausschlaggebende Bedeutung zu, so daß der Tarif in der verhältnismäßig scharfen Form der Regierungsvorlage zur Annahme gelangen konnte. — Es ist dabei gelungen, Erleichterungen für kinderreiche Familien einzufügen, wobei allerdings leider im Widerspruch zu den Forderungen der demokratischen Vertreter der Eintritt dieser Befreiung nicht, wie ursprünglich im Ausschuß vorgesehen, bei zeichnungspflichtigem Vermögen bis zu 5 Millionen Mark, sondern nur bei solchen bis zu 3 Millionen Mark erfolgt.

Eine grundsätzliche Umgestaltung hat das außerordentlich schwierige Kapitel der sogenannten Vorauszeichnung gefunden. Da bei den Differenzen zwischen vorläufiger und endgültiger Zeichnung erhebliche Zuschläge zu Lasten des Steuerpflichtigen vorgesehen sind, ist auf demokratischen Antrag eingefügt worden, daß diese Zuschläge nur dann eintreten, wenn der Zeichnungspflichtige vorsätzlich oder fahrlässig das vorläufige Vermögen zu gering angegeben hat. Es ist damit für den Steuerpflichtigen eine sehr wesentliche Rechtssicherheit geschaffen worden, man wird sich aber darüber klar sein müssen, daß man bei Nachweis des Vorsatzes oder der Fahrlässigkeit dem Finanzamt dann das Recht zu weitgehendster Verfolgungsmöglichkeit einräumen muß.

Die endgültige Zeichnungshöhe wird festgestellt im Zusammenhang mit der ersten Vermögenssteuererklärung, d. h. nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1922. Bei der Feststellung des Vermögens an diesem Tage darf die Verpflichtung zur Zeichnung von Zwangsanleihe so weit berücksichtigt werden, so weit eine Vorauszeichnung stattgefunden hat, wobei die Zwangsanleihestücke zum Kurswert, höchstens aber mit 50 v. H. des Nennwertes zu bewerten sind.

Mit der Frage des Kurswertes im engen Zusammenhang steht noch die Frage der Tilgungsform. Hatte ursprünglich die Regierung vorgesehen, daß zur Tilgung der Anleihe jährlich ½ v. H. vom Nennwert des ursprünglichen Betrages zuzüglich der durch die Tilgung der ersparten Zinsen zu verwenden sei, so hat der Ausschuß hier diese Tilgungsbestimmung als Mindestgrenze festgelegt, um es der Haushaltsberatung alljährlich zu überlassen, ob und inwieweit man eventuell zu höheren Tilgungssätzen greift. Von einer Auslosung der Anleihestücke zum Nennwert wird man wohl voraussichtlich bis auf weiteres noch absehen, vielmehr ab 1. November 1925 die Tilgung vor allem durch Rückkauf zum Börsenkauf vornehmen. Eine Übersicht des Reichsfinanzministeriums über die für die Verzinsung und Tilgung der Zwangsanleihe aufzuwenden Mittel besagt, daß bei einer am 1. November 1925 beginnenden Tilgung mit ½ v. H. für die erste geringere Zinszeit 1925 bis 1930 insgesamt 2,7 Milliarden, vom 1. November 1930 an 3,3 Milliarden Mark jährlich erfordert werden. Rechnet man sodann damit, daß in der geringeren Zinszeit 1925 bis 1930 der Durchschnittskurs etwa 55 v. H. betragen wird, und dann ab 1. November 1930 70 v. H., so wird bei Ankauf eine Zeitspanne von etwa 35 Jahren zur Tilgung benötigt werden, während man bei einer Auslosung 51 Jahre braucht. Dann ergibt sich bei Tilgung durch Ankauf eine Ersparnis der Aufwendungen für 16 Jahre, was zum Zeitpunkt des 31. Oktober 1960, also bei Abschluß der Tilgung durch Ankauf, eine Ersparnis im Kapitalwert von 35,7 Milliarden Mark darstellt.

Wichtiges vom Tage.

Der Völkerbundsrat bestätigte die Kolonialmandate und zwar für Großbritannien, Frankreich und Belgien. Dieser Beschluß bedeutet, daß die Deutschland geraubten Kolonien von „rechtswegen" unter die Sieger verteilt worden sind. Von „rechtswegen" ist — ein Hohn.

*

Die englische Handelsflotte macht gegenwärtig nur etwas über 33½ Prozent der Weltschiffahrtstonnage aus, gegenüber von 44½ Prozent vor dem Kriege. Obwohl England sich die deutschen Dampfer hat ausliefern lassen, hat es seinen Rang als seefahrende Macht infolge des Aufschwunges des amerikanischen Schiffbaues nicht aufrechterhalten können.

*

Die amerikanischen Riesenstreiks haben den Präsidenten Harding zu weiteren energischen Schritten veranlaßt, zu denen auch eine „Einladung" an die Grubenbesitzer gehört, die Bergwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Das bedeutet, daß bei einer Nichtbefolgung der Einladung die Gruben unter Regierungskontrolle gestellt werden würden. Im Gegensatz dazu richtete der Arbeiterführer Debs, der auch für die Präsidentschaft kandidiert hatte, an die Arbeiterschaft eine Aufforderung zur Unterstützung der streikenden Bergleute durch einen Generalstreik. Eine solche Aufforderung läßt immer vermuten, daß die Kräfte der Ausständischen zur Neige gehen.

*

Das furchtbare Eisenbahnunglück in Predal, das durch den Zusammensturz einer Brücke verursacht ist, zeigt einmal wieder handgreiflich wie verlodderт die rumänische Verwaltung ist. Die eingestürzte Brücke war eine deutsche Kriegsnotbrücke, die an Stelle der von den Rumänen gesprengten errichtet worden war. Solche behelfsmäßigen Bauten halten natürlich nur einige Jahre, die Rumänen hätten aber seit 1918 Zeit gehabt, eine wirkliche ordnungsmäßige Brücke herzustellen.

*

Der Abschluß der Reichsbahnverwaltung schließt mit einem Fehlbetrage von 6,9 Milliarden Mark (im Vorjahre 10,8 Milliarden Mark).

*

Laut B. Statsanzeiger sind die auf dem württembergischen Truppenübungsplatz Münsingen übenden bayerischen Truppen der Standorte München, Augsburg, Kempen, Lindau und Landshut sowie das auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf übende Würzburger Reichswehrbataillon mit Genehmigung des Reichswehrministers telegraphisch in ihre Standorte zurückberufen. Und?

*

Der Polizeipräsident von Berlin hat die von Eduard Stadtler herausgegebene Zeitschrift „Das Gewissen" auf sechs Monate verboten. Die Wochenschrift „Gewissen" gehört zu den radikalen Blättern, in denen unreife Studenten und junge Doktoren in gespreizter Weise deutschvölkische „Politik" mit gesucht geistreicher, ätzender Kritik der leitenden Staatsmänner verbanden.

Frankreich und die Revision des Versailler Diktats.

Ganz naturgemäß ist Frankreich, das aus dem Rausch haßerfüllten Triumphes, unersättlicher Rachgier und Vernichtungswahnes zur Ruhe der Einsicht nicht herauskommen kann, der ungeeignetste Boden für eine Revisionsidee. Hier ist ja vielmehr der Hauptsitz des Widerstandes gegen alle europäische Vernunftpolitik. Frankreich lebt noch heute in der Weiterführung der Zerstörungspolitik, die mit allen Mitteln gegen Deutschland arbeitet, die das Rheinland wie das Saargebiet dauernd abtrennen möchte, die mit hoffnungsvollem Wohlbehagen jede Sensationsmeldung von Separationsbestrebungen oder auch nur föderalistischen Gedankenäußerungen in Deutschland gierig verfolgt. Paris ist die Hochburg der Schuldlüge, hier die Residenz der Männer wie Poincaré, Clemenceau, die eifersüchtig einander in Triumphen über das am Boden liegende Deutschland zu übertreffen suchen.

Um so höher ist der Mut eines Georges Demartial zu bewerten, der mitten in der geistigen und seelischen Zentrale eines krankhaft gesteigerten Nationalismus eine wertvolle Schrift erscheinen ließ. Demartial wagt es, den Glauben an die Alleinschuld Deutschlands in den Massen erschüttern zu wollen; er geht den Dogmen des Patriotismus zu Leibe. Trotz der immerhin nicht ungefährlichen leichten Erregbarkeit des französischen Nationalismus schleudert er mit seiner Schrift „Die Schuld am Kriege, die Vaterlandsliebe und die Wahrheit" kühne Sätze den Regierungsmännern entgegen.

„Die Einseitigkeit der Schuld ist nicht bewiesen", ruft Demartial aus. Er erwähnt die sehr bezeichnende Tatsache, daß Barthou, der Berichterstatter der französischen Kommission, die Frankreich seinerzeit zur angeblichen Untersuchung der Schuldfrage bestimmt hatte, wohl gegen Deutschland den Bannstrahl der Dokumente Lichnowskys und Lerchenfelds (in Wirklichkeit die Eisnersche Fälschung des Berichts von Schön. D. Verf.) schleudert, aber die belgischen Dokumente, die Veröffentlichungen der „Prawda" übergeht und mit keinem Wort erwähnt „die umfangreiche Zusammenstellung diplomatischer Dokumente über den Ursprung des Krieges, welches die deutsche Abordnung der Friedenskonferenz vorgelegt hat und die den Franzosen noch so unbekannt sind wie etwa den Eskimos".

Demartial weist nach, daß der Friedensvertrag auf der Behauptung von der Alleinschuld diktiert wurde; er kennzeichnet ihn als Strafvertrag und sagt: „Daraus folgt, daß er nur in dem Maße gültig sein kann, als es wahr ist, daß die Gegner Deutschlands nur gezwungen am Kriege teilgenommen haben."

Die Kampffront gegen Versailles wird sonst in Frankreich am meisten noch von Sozialisten und der Linkspresse gebildet. Diese Einseitigkeit gibt ihr auch von vornherein ihre Schwäche.

Es finden sich aber doch sonst noch einzelne kühne Vorkämpfer der Revision, die sich allerdings recht ungemütlich in Frankreich fühlen dürften. Ein Mann wie der bedeutende Nationalökonom Gide ist hier hervorzuheben. Er hält, wie Keynes, die wirtschaftlichen Bestimmungen für undurchführbar. Gide kämpfte von Anfang an dafür, daß Frankreich die Hilfe für seinen Aufbau nicht durch übermäßige Belastung des durch den Krieg selbst ruinierten Deutschlands finden könne. Die wirtschaftliche Rekonstituierung Deutschlands ist ihm die Bedingung sine qua non nicht für diejenige Frankreichs, sondern Europas überhaupt. Auch das Mandatsystem hält er für einen Fehler, das nur zur Verschleierung von Annexionen diene. Namentlich Deutsch-Ostafrika hätte man Deutschland lassen müssen. Er betrachtet es als eine Aufgabe des Völkerbundes, dem Versprechen Wilsons auf „eine weitherzige und billige Regelung des Kolonialproblems" Nachachtung zu verschaffen; „denn dies liegt nicht nur im Interesse der Gläubiger Deutschlands, sondern gleichzeitig der Zukunft Afrikas und damit des Weltfriedens." Freilich muß sich Gide selbst gestehen, daß alle Mahnungen ungehört verhallten.

Hier wäre noch Professor Aulard zu nennen, der dafür eintrat, daß die französische Öffentlichkeit nicht so einseitig über innerdeutsche Vorkommnisse und Stimmungen unterrichtet lassen solle. Er wünschte ferner, daß Frankreich denjenigen Deutschen, die sich entschlossen den Fortschritten zuwenden und die deutsche Seele zu demokratisieren suchen, die edle und schwierige Aufgabe erleichtern solle.

Als Poincaré seine kampflustige Rede in Bar-le-Duc hielt, da trat ihm der Professor für Völkerrecht Georges Sölle entgegen, der im „Oeuvre" die Frage aufwarf, ob denn der Versailler Vertrag überhaupt durchführbar sei. Er verneinte dies selbst und erwähnte auch, daß die Ausführung der Politik allen übrigen Nationen Fesseln anlege. Wenn Poincaré an die heilige Einheit der Franzosen appelliere, so sagt ihm Sölle, was augenblicklich heilig sei, das sei die Pflicht, unbedachten Worten und unüberlegten Gesten Argumente der Vernunft entgegenzuhalten.

Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt Frankreich für alle solche Worte den denkbar schwächsten Resonanzboden. Das mußte auch Hervé erfahren, als er ein ganzes Verständigungsprojekt im „Victoire" veröffentlichte. Er wollte sogar das Saargebiet, Danzig, Togo und Kamerun an Deutschland zurückgeben, das Rheinland räumen lassen, den Anschluß Österreichs an Deutschland erlauben, die Handelsbeziehungen sollten auf gleichem Fuße hergestellt werden. Diese — allerdings ganz papiernen — Zugeständnisse könnten an die Proklamationen Wilsons erinnern. Aber anderseits hat Hervé auch eine Gegenrechnung. Deutschland soll die Abtretung Oberschlesiens anerkennen, die Vergrößerung des mit fremden Bestandteilen übersättigten Polens zugeben, die Annexion Elsaß-Lothringens anerkennen, den Rheinlanden Autonomie gewähren (ohne daß Frankreich gegenüber Elsaß-Lothringen dasselbe täte!), der deutsch-russische Vertrag soll ungültig werden, und schließlich soll Deutschland auch noch eine militärische Schutzpflicht für Polen und Rumänien gegen das bolschewistische Rußland übernehmen. Papier und die Druckunkosten sind in Deutschland zu teuer geworden, als daß man diesem „Verständigungsplan" hier mehr Raum gewähren könnte.

Frankreich wird allmählich für eine vernünftige Revision nur so weit zu finden sein, als die eigene Finanzkalamität gebieterisch eine Lösung durch die internationale Anleihe fordert, die ohne Revision wenigstens des wirtschaftlichen Teiles von Versailles einfach undenkbar ist, und ferner die sonst drohende politische Isolierung unerwünscht erscheint.

Das Schloßgeheimnis von Eckhofen.

Eine Geschichte von Anny v. Panhuys.

32. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Plötzlich stutzte er und sagte nach kurzem Nachdenken:

„Ich habe neulich flüchtig etwas gesehen, was in irgendeinem Zusammenhang zu der alten Wandvertäfelung stehen könnte, wenn ich auch darüber nichts zu erklären vermag."

Die Fürstin blickte den Doktor gespannt an.

Der lächelte leicht.

„Ach, Durchlaucht, ich hatte vor ungefähr drei Wochen in einer Nachforschungssache, die bis zu meinem Großvater zurückführt, auf der Bürgermeisterei zu tun. Unser Dorfbürgermeister, ein netter freundlicher Mann, der seine Amtsgeschäfte tadellos versieht, im übrigen aber von der Bauernwirtschaft mehr versteht, als von schriftlichen Dingen, kramte viele alte Akten und Urkunden heraus, um mir meine Nachforschungen zu ermöglichen, und ich fand dann auch, worauf es mir ankam. Aber unter dem Wust von alten Papieren, die sich durch mehrere Bürgermeistergenerationen angesammelt, fiel mir eins vorübergehend auf, obwohl es zu den von mir gesuchten in keiner Beziehung stand. Es fiel mir auf, weil ich ebensowenig wie unser gutes Ortsoberhaupt zu deuten wußte, zu welchem Zwecke es überhaupt da war. Eben bei der alten Täfelung fällt mir ein, es hat wahrscheinlich dafür als Vorlage gedient. Es handelt sich nämlich um eine Zeichnung mit sternförmigem Muster, genau dem gleichen Muster, das die Wandvertäfelung aufweist. Außerdem sind Zahlen auf dem Papier vermerkt und Buchstaben."

Die Fürstin war ganz Ohr gewesen, jetzt sagte sie lebhaft:

„Ich muß das Papier sehen, denn allem Anschein nach kam ihnen zufällig der Entwurf zu dieser köstlichen alten Täfelung in die Finger." Sie machte eine liebenswürdige bittende Bewegung. „Was meinen Sie, ob mir der Herr Bürgermeister wohl einmal das Papier, von dem Sie sprachen, leihen würde?"

Hans Kurschmann erwiderte, er bezweifle das nicht im geringsten, aber da er sich mit dem Bürgermeister sehr gut stehe, und sich außerdem zu erinnern meinte, unter welchem Pack von alten Papieren sich die Zeichnung befunden, so würde er es gern selbst übernehmen, das Papier zur Ansicht zu entlehren.

Die Fürstin nahm das Anerbieten mit bestem Dank an.

„Ich liebe alte Möbel, alte Bilder und alte Handschriften," sagte sie und blickte mit andächtigen Augen auf die Eichenholzsterne.

Zu derselben Zeit befand sich Lothar in der Bibliothek. Die Sitzung fiel auf Frau von Valbergs Wunsch heute aus, und so suchte er denn auf den ringsum an den Wänden entlanglaufenden Brettern nach einem Werk, von dem er sich Zerstreuung versprach.

Keines behagte ihm besonders.

Aber seine Gedanken waren auch nicht bei der Sache, und so nahm er ein Buch nach dem andern in die Hand und stellte es wieder an seinen Platz zurück, ohne recht zu wissen, welchen Titel es führte.

Der Vormittag war heute warm, beinahe heiß und die Septembersonne gab sich alle Mühe, noch einmal ein recht julimäßiges Gesicht zu machen.

In der Bibliothek war es nicht heiß, nicht kalt, und dazu, wohl durch die vor den hohen Fenstern angebrachten dunklen Stoffgardinen, ziemlich dämmerig.

Gut sinnen und träumen lassen muß es sich hier, dachte Lothar und nahm in einem breiten Ledersessel Platz. Doch gleich erhob er sich wieder: da drüben in dem Glasschrank, in dem der Schlüssel steckte, mochte sich vielleicht ein Buch finden, das ihm half, seine Gedanken eiem Gegenstand zuzuwenden.

Er drehte den Schlüssel herum und sah eine Menge beinahe gleichmäßig gebundener Bücher vor sich, die meistens nicht besonders umfangreich waren.

Er las die Titel auf den Bücherrücken:

„Fideikommisse in Hessen", „Preußische Fideikommisse", „Über Kunkellehen", „Aufgehobene Majorate" und so weiter.

Diese Bücher schienen im allgemeinen alle dasselbe Thema zu behandeln.

Nein, hier fand er schon gar nicht, was ihn möglicherweise zu fesseln vermocht hätte. Fachschriften über Fideikommisse waren nichts für ihn, dafür fehlte ihm das nötige Verständnis, dazu muß man schon selbst Majoratsherr oder Jurist sein, um sich in dergleichen vertiefen zu können.

Ein Aktendeckel lag auf einigen Büchern, er stieß dagegen und der Aktendeckel fiel zu Boden, öffnete sich während seiner Luftfahrt und warf ein paar Zeitungen als Ballast aus.

Lothar kniete auf den Teppich nieder, um die Zeitungen wieder in den Deckel zu tun. Da öffnete sich die Tür und Ilse Haldow stand im Türrahmen.

Sie lachte auf.

„Weshalb knieen Sie denn auf der Erde, Herr von Brunkendorff, Sie huldigen wohl dem Glasschrank?"

Der Maler lachte ebenfalls und erklärte sein kleines Mißgeschick.

Er erhob sich aber nicht aus seiner knieenden Stellung.

Ilse stand neben ihm und ihre Augen blickten zufällig auf das eine Blatt zu ihren Füßen. Ihr Gesicht wechselte die Farbe, und sich hastig bückend, riß sie die Zeitungen sowie den Aktendeckel vom Boden auf.

Lothar sprang mit einem Satz empor.

„Aber mein gnädiges Fräulein, was tun sie denn, Sie bedienen mich ja —"

Ilse legte die Zeitungen, als brannten sie ihr in den Händen, in den Deckel und schob das ganze in den Glasschrank. Sie antwortete nicht und um ihren Mund irrte ein verstörter Zug, den der Mann nicht zu enträtseln vermochte, denn das junge Mädchen hatte doch noch eben ein sehr vergnügtes Gesicht gemacht.

Ilse schloß den Schrank mit beinahe heftiger Bewegung und fing dann an von Elisabeth zu reden, wie leid sie ihr tue und wie verstört und herzleidend sie wieder in der letzten Zeit sei, dann sagte sie, sie wäre in die Bibliothek gekommen, um sich irgend einen Roman zu holen, sie lese des Abends gern ein paar Seiten, doch vergesse sie fast immer, sich tagsüber ein Buch zu besorgen.

Sie redete schnell und es war, als suche sie über irgend etwas, was sie beunruhigte, hinwegzuplaudern.

Lothar war dieses Alleinsein mit Ilse gar nicht angenehm, sie trug ihm gegenüber ein gefallsüchtiges Betragen zur Schau, das ihm nicht behagte. Am liebsten wäre er mit einer Verbeugung gegangen, aber wiederum tat ihm Ilse leid. Er gefiel ihr, gefiel ihr besser als der junge Doktor Kurschmann, dafür konnte sie doch nichts. Schließlich schmeichelte es jedem Manne, ein schönes Mädchen in Liebe zu sich entbrannt zu wissen.

Seine Stimme nahm unwillkürlich einen wärmeren Klang an.

„Soll ich Ihnen ein paar Romane auswählen? er trat an eines der Bretter und reichte ihr nach kurzem Suchen zwei hübsch eingebundene Bücher. „Zwei unserer gelesensten Schriftsteller," sagte er dabei, „ich kenne die Romane schon von München her, der eine ist, nebenbei bemerkt, ein guter Bekannter von mir."

Ilse nahm mit raschem Dank die gereichten Bücher, dann sah sie den Maler mit langem Blick an.

„Nun werden Sie wohl bald Eckhofen verlassen?" fragte sie gedämpft.

„Frau von Valbergs Bild ist in wenigen Tagen beendet," versetzte er, „auch ruft mich meine Arbeit nach Hause."

Ilse dachte: Ich kann mich ihm doch nicht an den Hals werfen. Aber sie war sich klar, daß, wenn sie diesem Manne gegenüber nun nicht bald festen Boden gewann, die herrliche Gelegenheit, eine reiche vornehme Schloßherrin zu werden, für immer vorbei war.

Sie hatte ihn vorhin in die Bibliothek gehen sehen und war ihm in der stillen Hoffnung gefolgt, vielleicht bei einem Alleinsein in der immer wie in ein feines Dämmerlicht eingesponnnen liegenden Bibliothek ihn soweit zu bringen, daß er anfing, Begehr nach ihrer blonden Schönheit zu tragen. Aber die Zeitungen, die am Boden lagen, hatten sie ganz verwirrt gemacht. Immerhin war es ein großes Glück, daß ihr scharfes Auge sofort darin die Stelle erspäht hatte, die Brunkendorff auf keinen Fall lesen durfte. Daß er sie noch nicht entdeckt hatte, war sicher, sonst wäre er nicht so ruhig geblieben.

Nun aber war ihre Verwirrung zurückgeflutet und sie lächelte den Mann mit unschuldsvoller Miene an.

„Ich möchte auch nicht mehr hier bleiben, wenn Sie abreisen."

Ihre Stimme zitterte unwillkürlich, weil sie wußte, es ging um Großes.

Aber das Zittern der Stimme wirkte und der Mann empfand plötzlich ein starkes Mitleid mit dem schönen, blonden Mädchen, das alle Gefallsucht abgestreift zu haben schien. Vielleicht war er auch nur ein zu scharfer Verurteilter gewesen.

„Liebes Fräulein Ilse, so sollen sie nicht reden, was ändert sich hier, wenn ich fort bin. Sie haben Frau von Valberg und Klein Herbert, außerdem sind sie schön und —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0005

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 19. Juli.

Die deutsche Mark — Pfennige im Ausland.

Festgestellt auf Grund der amtlichen Berliner Devisenkurse.

In:	19./7.	18./7.	In:	19./7.	18./7.
Holland . . .	0,8	0,9	England . . .	0,9	0,8
Belgien , . .	2,0	2,1	Amerika . . .	0,9	0,9
Norwegen . .	1,3	1,4	Frankreich . .	—	2,0
Dänemark . .	1,0	1,1	Schweiz . . .	—	0,9
Schweden . .	0,9	0,9	Spanien . . .	—	1,1
Italien . . .	—	3,7	Tschechoslowakei	7,6	7,8

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen (für 50 Kilogramm in Mark): Märkischer 1110—1135. Tendenz fester. Roggen: Märkischer 830—840. Tendenz fester. Gerste: Sommergerste 970—990. Tendenz fest. Hafer: Märkischer 930—960. Tendenz fester. Mais: Ohne Provenienzangabe prompt 825—830 ab Hamburg, loko 860—865. Tendenz fester. Weizenmehl (für 100 Kilogramm brutto einschließlich Sack in Mark) 2850—3100, feinstes höher. Tendenz ruhig. Roggenmehl 2025—2225. Tendenz ruhig. Weizenkleie (für 50 Kilogramm brutto einschließlich Sack in Mark) 675—700. Tendenz fest. Roggenkleie 675—700. Tendenz fest. Raps (für 50 Kilogramm in Mark) 1800—1850. Tendenz fester. Leinsaat 1800 bis 1900. Tendenz fest. Für 50 Kilogramm in Mark ab Abladestation: Viktoriaerbsen 1275—1325, kleine Speiseerbsen 1075—1125, Futtererbsen 940—960, Peluschken 940—960, Wicken 875—900, blaue Lupinen 650—675, gelbe Lupinen 975—1025, Rapskuchen 720—750, Leinkuchen 1100—1125. Trockenschnitzel, prompt 620—630, Zuckerschnitzel 680—740, Torfmelasse 450—460.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Provinz und Nachbarländer.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat Juni 1922.

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug nach vorläufigen Erhebungen die Rohkohlenförderung im Monat Juni 7 211 414 Tonnen, die Brikettherstellung 1 739 312 Tonnen (Vormonat: Rohkohlenförderung 7 891 532 Tonnen, Brikettherstellung 1 811 565 Tonnen). Es hat mithin die Rohkohlenförderung im Monat Juni einen

Rückgang gegen den Vormonat von 8,6 Prozent,

die Brikettherstellung einen solchen von 4,0 Prozent erfahren. Dieser Rückgang führt sich zum Teil darauf zurück, daß der Monat Juni 25, der Monat Mai 26 Arbeitstage hatte. Die arbeitstägliche Rohkohlenförderung im Monat Juni belief sich auf 288 457 Tonnen, im Monat Mai auf 303 520 Tonnen. Die arbeitstägliche Brikettherstellung betrug im Monat Juni 69 582 Tonnen, im Monat Mai 69 676 Tonnen. Auf die arbeitstägliche Produktion bezogen, hat die Rohkohlenförderung im Juni gegen den Vormonat mithin einen Rückgang von 5,0 Prozent, die Brikettherstellung einen solchen von 0,1 Prozent erfahren. Die Kokserzeugung belief sich im Berichtsmonat auf 36 372 Tonnen, gegen 36 879 Tonnen im Vormonat. Der Rückgang beziffert sich mithin auf 1,4 Prozent. Auf die arbeitstägliche Erzeugung umgerechnet, ergibt sich eine Steigerung der Kokserzeugung von 2,6 Prozent.

Im Monat Juni des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 7 008 274 Tonnen, die Brikettherstellung 1 741 434 Tonnen. Verglichen mit dem Monat Juni des Vorjahres hat die Rohkohlenförderung mithin eine Steigerung von 2,9 Prozent, die Brikettherstellung einen Rückgang von 0,1 Prozent erfahren. Der Juni des Vorjahres hatte 26 Arbeitstage. Auf die arbeitstägliche Erzeugung umgerechnet, beträgt die Produktionssteigerung gegen den Monat Juni des Vorjahres für Rohkohle 7,0 Prozent, für Briketts 3,9 Prozent. Die Kokserzeugung im Monat Juni des Vorjahres betrug 34 405 Tonnen. Die Steigerung gegen das Vorjahr beläuft sich somit auf 5,7 Prozent. Auf die arbeitstägliche Erzeugung umgerechnet, ergibt sich eine Steigerung von 10,0 Prozent.

Der Rohkohlenmarkt zeigte im Juni im wesentlichen dasselbe Bild wie im Vormonat. Gesiebte Kohle wurde glatt untergebracht, während die Abforderungen an Förderkohle, besonders in der ersten Hälfte des Monats Juni, recht schwach waren. Durch den mit dem Streik im Kasseler Revier verbundenen Ausfall an Kasseler Kohlen trat dann in der zweiten Monatshälfte stellenweise eine leichte Belebung des Förderkohlenversands ein, so daß es zu Einschränkungen von Betrieben wegen Mangel an Beschäftigung bisher nicht gekommen ist.

Die vorliegenden Aufträge in Briketts seitens der Industrie und des Hausbrandes konnten im Berichtsmonat nicht annähernd Erledigung finden, so daß Anfang Juli wiederum starke Lieferungsrückstände vorhanden waren. Wegen der in Aussicht stehenden Preiserhöhung ab 1. Juli war der Andrang in den letzten Tagen des Monats besonders stark.

In Naßpreßsteinen war die Nachfrage ebenfalls sehr lebhaft, so daß die Wünsche der Verbraucher nur zu einem geringen Teil erfüllt werden konnten. In der ersten Hälfte des Monats Juni kam das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage besonders zum Ausdruck, weil zu dieser Zeit die Vorräte an versandfertigen Steinen noch recht gering waren.

Vermischte Nachrichten.

Leistungen der ärztlichen Mission.

Im letzten Jahr wurden in den nichtchristlichen Ländern protestantischerseits im ganzen 703 Missions-Hospitäler gezählt, in denen 9 Millionen Kranke behandelt wurden. Besonders spürbare Fortschritte macht die ärztliche Mission in China. Dort haben sich auf Anregung des Vereins chinesischer Missions-Ärzte eine Anzahl evang. Missionsgesellschaften zusammengetan zur Gründung einer medizinischen Hochschule in Tsinan, der Hauptstadt der Provinz Schantung.

Eine unbekannte Münchhausen-Geschichte.

Münchhausen, der geniale Aufschneider, ist uns in seinen lustigen Geschichten hauptsächlich durch das Buch bekannt, das Bürger über ihn zusammenstellte und das seitdem zum Volksbuch geworden ist. Es waren aber auch sonst noch Erzählungen von dieser vor 150 Jahren so überaus bekannten Persönlichkeit verbreitet, und eine dieser im Volksmund umgehenden Geschichten erzählt Adolf Reuter in dem dem Jubiläum von Corvey und Hörter gewidmeten neuesten Heft von Niedersachsen.

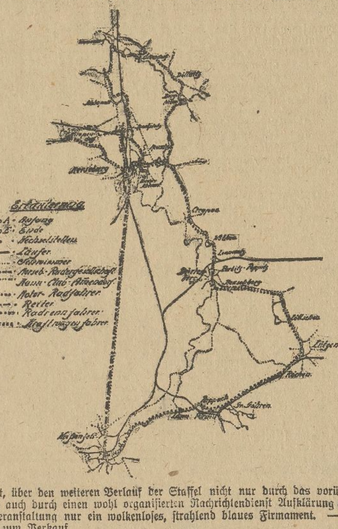
Es handelt sich um eine um den Köterberg lokalisierte Geschichte. Danach begleitete der vormals russische Rittmeister Baron Hieronymus Karl von Münchhausen, der auf Bodenwerder das geruhige Leben eines Landedelmannes führte, mit seinem Freund, einem Leutnant, den Schiffsherrn Br. aus dem Dorf Heinsen an der Weser, der bei den Mönchen in Mariemünster Eichenholz kaufen wollte. Da der Prior in Marienmünster eine sehr würdige Persönlichkeit ist, die man nicht zu stark anlügen darf, so mußte der Rittmeister auf dem Ritt über den Köterberg versprechen, daß er sich mäßigen wolle. „Weißt Du", sagt sein Freund, der Leutnant, „ich will, sobald ich etwas merke, mit dem Messerrücken dreimal auf den Tisch klopfen, dann höre auf oder lenke ein." „Wohl", versetzte Münchhausen. „Danach will ich mich richten."

Turnen, Spiel und Sport.

Groß-Staffellauf „Rund um Merseburg".

Werbeveranstaltung am 23. Juli.

Die letzten Vorbereitungen zu der großzügigen Werbeveranstaltung des Sportvereins 99-Merseburg am nächsten Sonntag harren ihrer Erledigung. Der weitgehende Plan nimmt jetzt, wo die Skizze vorliegt, greifbare Formen an und wird bei seiner Verwirklichung sicherlich das erreichen, was der Veranstalter zu erreichen sich vorgenommen hat: Durch das gemeinsame Ineinanderwirken aller in Merseburg betriebenen Sportarten ein leuchtendes Bild für die großen Sportideale geben und bei den Fernstehenden dafür werben! Zu der Skizze seien folgende kurze Erläuterungen gegeben:



Der Startschuß fällt 1/2 2 Uhr an der „Grünen Linde" in Merseburg. Die hier abziehenden Läufer wechseln den Stab das erste Mal auf dem Marktplatz, von wo er nach dem Strandschlößchen zur Saale getragen wird. Hier erwarten vier Schwimmer (darunter Breitung) die Staffel, die nunmehr auf dem Wasserweg bis zur Schleuse und dann nach kurzer Laufstrecke durch die Rennboote der Merseburger Rudergesellschaft bis zur Straßenbrücke Skopau geführt wird. Hier erwarten etwa 2,30 Uhr die Langstreckenläufer des Sportvereins 99 (darunter Meißner) die Stäbe, bringen sie auf der Chaussee nach der Elsterbrücke vor Ammendorf, und nun setzen die Motorradfahrer ein, welche über Ammendorf—Osendorf—Döllnitz—Burgliebenau—Venenien—Merseburg bis nach Knapendorf fahren. Voraussichtliches Eintreffen dort: 3,15 Uhr Nachdem die Stäbe dann von den vier Reitern übernommen sind, läuft die Staffel auf dem Feldweg zum 99er Sportplatz, wo etwa um 3,30 von je einem Mittelstreckenläufer, Jugend-, Knaben- und Damenmitgliede des Sportvereins 99 ein Stillauf (2. Runden) vorgeführt wird. Dann bringen die inzwischen auf der Chaussee zurückgekehrten Motorrenner die Stäbe nach der „Grünen Linde", wo die vier Radrennfahrer (darunter der Meisterfahrer W. Bartelsen) zur Fahrt nach Weißenfels auf gerader Chaussee starten. An der Saalebrücke in Weißenfels stehen (etwa um 4,15 Uhr) vier große Automobile, die nunmehr mit der Strecke Lützen—Dürrenberg—Creypau den Löwenanteil an der Kilometerzahl verschlingen. Ueber die Waterloobrücke fahren sie dann wieder bis zur grünen Linde (Eintreffen dort etwa um 5,10 Min.) Hier holen wieder die 99er Gelbhosen die Stäbe, die nunmehr in noch dreimaligem Wechsel zum Sportplatz gebracht werden. Hier werden dann 2 Schlußrunden gelaufen, so daß das Ende des Staffellaufes etwa um 5,15 Uhr anzusetzen ist.

— — — — — — — — — —

Inzwischen haben auf dem 99er Platz von nachm. 2 Uhr ab sportliche Wettkämpfe verschiedenster Art stattgefunden. Leider war eine Genehmigung zum Fußballspiel (gegen Pfeil Nürnberg) beim Hauptspielausschuß nicht zu erreichen; trotzdem sollten auch die Handball-Wettspiele (99 I. Damen gegen Delitzsch und 99 I. Herren gegen TuR. Weißenfels) spannende Kämpfe bringen, zumal auch der von uns bereits eingehend gewürdigte Kampf im Boxen Merseburg-Apolda in seiner Art etwas ganz Neues für Merseburg darstellt. Außerdem wird jeder Besucher, der sich den Ablauf der Staffel und ihre Anfänge etwa bis zur Waterloobrücke in der Stadt angesehen hat, über den weiteren Verlauf der Staffel nicht nur durch das vorübergehende Eintreffen der Reiter und den Rundenstil-Lauf (s. o.), sondern auch durch einen wohl organisierten Nachrichtendienst Aufklärung erhalten. So bleibt als letzter Wunsch zu dem Gelingen der großzügigen Veranstaltung nur ein wolkenloses, strahlend blaues Firmament. — Programmbücher mit allen näheren Angaben stehen von Sonnabend ab zum Verkauf.

Ligaerweiterung im Saalekreise.

Sportverein 99-Merseburg auch Ligaverein.

Auf dem außerordentlichen Kreistage am 16. Juli in Halle sind hinsichtlich Erweiterung der Ligaklasse des Saalekreises für die Spielzeit 1922/23 folgende Anträge mit jedesmaliger 2/3 Stimmenmehrheit angenommen worden:

1. Die Liga des Saalekreises ist auf 16 Vereine zu erhöhen.
2. Die Ligaeinteilung ist wie folgt vorzunehmen: Die vier ersten Vereine aus den Kreismeisterschaftsspielen der 1. Klasse (Greppin, 99-Merseburg, Olympia-Halle und Sangerhausen) rücken ohne weiteres in die Liga auf. Um die noch offenen 2 Plätze kämpfen die an zweiter Stelle stehenden Mannschaften der 1. Klasse der einzelnen Gaue des Saalekreises einschließlich des an letzter Stelle stehenden Vereins aus den diesjährigen Kreismeisterschaftsspielen in Befähigungsspielen.
3. Die 16 Ligavereine des Saalekreises spielen in 2 Abteilungen zu je 8 Mannschaften. Die bisherigen 10 Ligamannschaften werden nach dem Stande der letzten Kreismeisterschaftsspiele verteilt dergestalt, daß der 1., 4., 5., 8. und 9. Verein in Abteilung I und die übrigen in Abteilung II spielen. Über die Einteilung der neu hinzutretenden Mannschaften beschließt der Kreisvorstand im Einvernehmen mit den Vertretern der bisherigen Ligavereine.

Folgende Anträge verfielen der Ablehnung:

1. Die Regelung der Ligafrage im Saalekreis ist zu verschieben, bis der Verband über die Frage des sich losgetrennten Kyffhäusergaues entschieden hat.
2. Die Liga des Saalekreises ist so zu teilen, daß die 16 Vereine in zwei Gruppen spielen, und zwar in einer Nord- und Südgruppe. Die Nordgrupe bilden die bisherigen 7 Halleschen Ligavereine und VfL.-Merseburg, alle anderen Vereine die Südgruppe.

Glänzende Erfolge der 99er Leichtathleten

bei den Gaumeisterschaften des Saalegaues.

Wohl selten verregnete eine Veranstaltung so wie die leichtathletischen Gaumeisterschaften des Saalegaues. Schon am letzten Sonntag machte der starke Regen ein Starten kaum möglich. Die Kämpfe wurden abgebrochen und Mittwochabend zu Ende gebracht. Auch gestern war der Boden aufgeweicht und für alle Laufkonkurrenzen besonders schwer. Um so beachtenswerter die unter diesen Umständen erzielten Erfolge. Und für unsere 99er sind sie großartig zu nennen. Die Helden des Tages waren wohl Apitzsch und Meißner, beide Doppelsieger. Gewann Apitzsch die 1500 Meter sicher, so mußte er um die 800-Meisterschaft mächtig kämpfen. Unter strömenden Regen wurde gelaufen, und in wunderbarem Endsport gewann Apitzsch auch die 800 Meter vor dem guten 98er Thumer. Kamm waren die 400 Meter nicht zu nehmen, vor seinem Klubkameraden Meißner lief er ganz verhalten durch's Ziel. Im Stabhochsprung holte sich Meißner den Meistertitel mit 3,10 Meter vor dem guten Brest 98-Halle. Meißner war hier glänzend in Form, sprang jedoch dann nicht weiter, weil es bei der Bodenbeschaffenheit zu gefährlich war. Ganz sicher und überlegen wurde er auch im Weitsprung Gaumeister mit 6,33 Meter. Das 5000 Meter-Laufen war eine sichere Sache für W. Weber vor seinem Klubkameraden Schäffer. Beide machten sich das Rennen selbst. Auffallend war die Frische und der Stil Webers, als er das Zielband zerriß. Auch in der 3 mal 1000 Meter-Staffel verteidigte 99 erfolgreich seinen Meistertitel. Sieger waren die II. Mannschaft mit Vollrath, Meißner und W. Weber, von der I. Mannschaft Kamm, G. Weber und Grahmann. Beide Mannschaften lagen immer weit vor den Hallischen Vereinen und stand ein Sieg nie in Frage. Am Schluß der Kämpfe lag die 4 mal 100 Meter-Staffel. Auch hier ist 99 der Sieger. Es war ein herrlicher Endsieg. Meißner, G. Weber und Kamm hatten soeben die 3 mal 1000 Meter mit gelaufen und gingen schon abgekämpft ins Rennen. Trotzdem schlugen sich alle famos. Wieder war es der gute Kamm, der in geradezu fabelhaftem Endsport den Sieg der I. Mannschaft errang. Und hier umbrauste ihn ein lauter Jubel seiner Klubkameraden. Nachstehend nochmals die Ergebnisse:

100 Meter 2. Schluchter; 3. Meißner.
200 Meter 2. Kamm.
400 Meter 1. Kamm; 2. Meißner.
800 Meter 1. Apitzsch; 5. G. Weber; 6. Vollrath.
1500 Meter 1. Apitzsch; 2. Grahmann.
5000 Meter 1. W. Weber; 2. Schäffer.
4 mal 100 Meter 1. 99 I. Mannschaft; 4. 99 II. Mannschaft.
3 mal 1000 Meter 1. 99 II.; 2. 99 I.
Weitsprung: 1. Meißner; 4. K. Walther.
Stabhochsprung: 1. Meißner.
Kugelstoßen: 2. Frl. Wiedemann.
Dreikampf: 2. Meißner.

Von 14 zu erringenden Gaumeisterschaften für Herren fielen 8 an 99.

Preisausstellung der L.-A. 99.

Ab morgen sind in einem Schaufenster der Firma Otto Dobkowitz eine große Anzahl Preise der L.-A. ausgestellt. Es sind dies bei weitem nicht alle Erfolge. Einige Hundert Kränze und Diplome kommen nicht zur Ausstellung. Viele Wanderpreise sind bei den veranstaltenden Vereinen und wieder von anderen Vereinen sind sie noch nicht nachgeliefert. Die Ausstellung soll ein beredt Zeugnis sein für die ganz hervorragenden Erfolge der noch jungen Leichtathletik-Abteilung im Sportverein von 1899.

Beim Mittagsmahl, als Küche und Keller des Klosters ihr Bestes hergegeben haben, erzählt Münchhausen von einem russischen Kloster; dem gegenüber sei das doch gewiß stattliche Mariemünster nur ein Mauseloch: „Das Hauptschiff der Klosterkirche war 400 Ellen hoch, 600 Ellen lang und . . ." Da ertönt das warnende Klopfen. Münchhausen verstummt. Die Mönche lauschen, was weiter kommen wird, aber Münchhausen schweigt. Da beginnt lächelnd der Prior: „Sie haben uns, Herr Rittmeister, zwar die Höhe und Länge beschrieben, aber wie breit war denn das Wundergebäude?" Kleinlaut versetzt Münchhausen: „Zwei Fuß." „Zwei Fuß", ruft der Prior. „Nur zwei Fuß?" wiederholt der Guardian, und „nur zwei Fuß?" die Klosterbrüder am ganzen Tisch, „das war ja nur ein enger Gang!" „Ei was", fährt es da Münchhausen unwillig heraus, „wäre nur nicht das verdammte Klopfen gekommen, dann hätte ich ihm wohl die gehörige Breite gegeben."

* **Nähern wir uns dem Nordpol?** Astronomische Messungen von Professor Schnauder in Potsdam haben das erstaunliche Resultat ergeben, daß die geographische Breite des dortigen Observatoriums während des Jahres 1921 in auffälligem Maße, innerhalb der letzten Jahre im ganzen um etwa eine halbe Bogensekunde zugenommen hat. Das heißt der Abstand vom Nordpol ist in wenigen Jahren etwa 15 Meter geringer geworden. Daß von einer lokal begrenzten Bewegung nicht die Rede sein kann, geht daraus hervor, daß man auf der Sternwarte von Ukiah in Kalifornien, also an einer ganz anderen Stelle unserer Erdkugel, ebenfalls eine Zunahme der geographischen Breite beobachten konnte, die im Laufe der letzten 17 Jahre allerdings nur etwa 5 Meter ausmachte. Diese astronomischen Ergebnisse sind auch vom geographischen Standpunkt höchst wichtig, weil sie ein weiteres Glied in der Kette der Erscheinungen sind, die darauf hindeuten, daß die Änderungen in der Lage der Erdachse viel größer sind, als man bisher annahm, beziehungsweise, daß unser Erdkörper nicht die Starrheit und Unveränderlichkeit besitzt, die ihm nach der weitaus vorherrschenden Ansicht zukommt.

* **Der Kurverein zu Rhense.** In einem humorvollen Büchlein „Freude ist alles" (Dürrsche Buchhandlung, Leipzig) berichtet Paul Georg Münch über allerlei Erlebnisse auf einer Schulinspektionsfahrt. Eins der drolligsten sei hier wiedergegeben: „. . . eine Geschichtslektion, strammer Parademarsch der Geschichtszahlen von Karl dem Großen bis zur Gegenwart. Nur einmal, bei: „1338 Kurverein zu Rhense", unterbrach der Schulrat und fühlte leise in die Kinder hinein, was denn wohl hinter dieser Zahl stecke. Da sich niemand zu Worte meldete, lockte er höchst boshaft die Kinder auf Abwege und sagte, sie sollten doch an den benachbarten Kurort denken. Und richtig, die Leimrute war gut gelegt! Ein phantasiebegabtes Mädchen meldete sich und sagte: „1338 haben die Kurgäste von Rhense einen Verein gegründet, dies ist der Kurverein zu Rhense".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 28,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. — Durch die Post bezogen 32 Mark einschließl. Bestell- und Bezugsgeld. — Einzelnummer 1,50 Mark.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1,50 Mk., im Reklameteil 7,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 168. | Donnerstag den 20. Juli 1922 | 49. Jahrg.

In der Schwebe.

Der Bericht des Garantiekomitees. — Poincarés Denkschrift, eine unerhörte Beschuldigung. — Steht Frankreich allein? — Die Moratoriumsbedingungen.

Volle vier Wochen hat das Garantiekomitee in Berlin gesessen, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu prüfen. In diesen vier Wochen hat die Reichsregierung, die mit innerpolitischen Sorgen über alle Maßen heimgesucht war, zahllose Besprechungen und Verhandlungen mit diesem Komitee abgehalten, und vor allem Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat ihm auf alle seine zahllosen Fragen Rede und Antwort gestanden. Nun ist das Garantiekomitee nach Paris zurückgekehrt, um dem Reparationsausschuß über seine Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung Bericht zu erstatten. Von diesem Berichte wird für die nächste Zukunft Deutschlands unendlich viel, wenn nicht alles, abhängen.

In der französischen Presse war in den letzten Tagen mehrfach zu lesen, daß das Garantiekomitee ein „verschuldetes Versagen“ Deutschlands feststellen werde. Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch in Frankreich hat man einsehen gelernt, daß die Dinge nicht so weiter gehen können, wie bisher. Diese Einsicht war bis vor etwa acht Tagen sogar so weit gestiegen, daß selbst die chauvinistische Presse sich des Ernstes der Lage bewußt geworden war und es offen aussprach, daß Deutschlands Ruin auch den finanziellen Ruin Frankreichs notwendig nach sich ziehen müsse. Selbst der „Temps“ war offen für einen Zahlungsaufschub und die große internationale Anleihe eingetreten. Nun aber hat sich, offenbar auf einen Wink Poincarés hin, das Blättchen wieder gewendet. Es ist das alte taktische Spiel: wenn der Drang nach Beseitigung der weltwirtschaftlichen Nöte so stark wird, daß ihm Erfüllung winkt, dann sieht Poincaré seine machtpolitischen Sonderpläne gefährdet und versteht es meisterhaft, jede Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen zu unterwühlen. Diese gefährliche Taktik Poincarés hat diesmal noch seine besonderen Ursachen. Nach langem Hin und Her hat er sich bekanntlich jetzt zu einem Besuche bei Lloyd George bereitfinden lassen. Da er weiß, daß Lloyd Georges Ansicht über die Fragen des Moratoriums und der Anleihe der seinigen so ziemlich entgegengesetzt ist, so macht er erst seine Presse mobil, sucht die Situation zu trüben, um sich für die seiner harrenden Verhandlungen in England eine starke Plattform zu schaffen. Zu diesem Zweck ließ er auch jene Denkschrift ausarbeiten, von der schon in der gestrigen Ausgabe berichtet wurde und die Deutschlands betrügerischen Bankerott beweisen soll. An der Hand dieser Denkschrift soll die Reparationskommission das „verschuldete Versagen“ Deutschlands feststellen und damit zu einem Votum gegen das Moratorium gelangen. In dieser Denkschrift wird als „Beweis“ für die angebliche Schuld der deutschen Regierung angeführt, daß in Deutschland seit dem 1. Januar d. J. monatlich etwa 10 bis 12 Milliarden Papiermark neu ausgegeben seien. Das mag richtig sein. Aber außerhalb Frankreichs, ja sogar vielleicht außerhalb der Poincaréschen Kreise, wird es kaum jemand geben, der diese umfangreiche Neuemission von Banknoten Deutschland „als böswilligen Bankerott“ anrechnen wird. Alle Welt weiß, daß die Entwertung der deutschen Mark die Preise in Deutschland unaufhörlich weiter in die Höhe treibt, und die öffentlichen Ausgaben rapide steigert. Es ist sogar zu befürchten, daß Kapitalmangel und Kreditnot, die sich in der deutschen Privatwirtschaft mehr und mehr fühlbar machen, in nächster Zeit noch zu einer weiteren Steigerung des Notenumlaufs führen werden. Ebenso weltbekannt ist die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz. Ist das alles aber etwa unsere „Schuld?“ Will die französische Regierung die ganze Inflation, die letzten Endes doch aus unseren Zahlungsverpflichtungen an die Entente herrührt, uns zur Last legen und daraus ein böswilliges Verschulden Deutschlands konstruieren? Für diese Ansicht und Absicht dürfte sie wenig Gläubige und Anhänger finden. Vor allem nicht in England, wo der Wind ganz anders weht und nach dem katastrophalen Sturz der Mark seit der Ermordung Rathenaus diese in ihren Auswirkungen vollauf würdigt. Italien steht auf Englands Seite, Belgien geht nicht unbedingt mit Frankreich. So brauchen wir trotz Frankreichs unerhörter Beschuldigung noch nichts verloren zu geben. Es ist nicht anzunehmen, daß sich das System der „Sanktionen“ von neuem durchsetzen wird.

Auf einem anderen Blatte freilich steht es, welche Bedingungen uns gestellt werden, falls ein Moratorium bewilligt wird. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß das Garantiekomitee vor seiner Abreise ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem es als Ergebnis der Beratungen eine Reihe von Forderungen aufstellt. Das Gerücht, daß sich unter diesen Forderungen die pfandweise Überlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmungen befinde, ist inzwischen zwar dementiert. Nicht dementiert aber ist eine andere Bedingung, der zufolge das Garantiekomitee fordert, daß Vorlagen auf Neuausgaben, die der Reichstag zu bewilligen hat, ihm selbst gleichzeitig mit dem Reichsrat zugehn sollen. In England, dem Lande des ausgeprägtesten Parlamentarismus, wird diese Forderung zweifellos auf Verständnis stoßen; denn dort hat nur die Regierung, nicht das Parlament, das Recht zur Bewilligung neuer Ausgaben. In Deutschland aber, wo dem Parlament dieses Recht zusteht, bedeutet dieses Verlangen der Garantiekommission einen unerträglichen Eingriff in die Finanzhoheit. Von den weiteren Forderungen des Garantiekomitees bezw. der Reparationskommission wird man wohl bald hören, wenn das Komitee seinen Bericht erstattet hat. Daß sich darunter auch die Forderung auf eine energische Bekämpfung der Kapitalflucht befindet, ist bekannt. Dagegen hat gewiß in Deutschland selbst niemand etwas einzuwenden. Im Gegenteil wird man mit großem Interesse seinen Vorschlägen entgegensehen, nachdem die besten Köpfe in Deutschland sich längst darüber klar geworden sind, daß ohne die Mithilfe des Auslands hier alle Mittel versagen müssen.

Kein Vetorecht, nur Auskunftsrecht!

Das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee.

Berlin, 20. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee wird jetzt folgendes bekannt: Die Verhandlungen begannen am 20. Juni in Berlin. Sie vollzogen sich in den vier Unterausschüssen für Einnahmen, Ausgaben, Kapitalflucht und Statistik. Die Arbeitsleistung in diesen Unterausschüssen war außerordentlich. Unzählige Auskünfte über die einzelnen Posten des Etats, über Einzelheiten des deutschen Steuerwesens, über die Organisation des Kassenwesens, über die Maßnahmen zur Verhütung von Etatsüberschreitungen mußten erteilt werden. Der Etat mußte fast in allen einzelnen Punkten erläutert werden. Es wurde mit den Vertretern des Garantiekomitees verabredet, daß durch das Reichsfinanzministerium nunmehr regelmäßige Informationen erteilt werden. Das Reichsfinanzministerium richtet einen zentralen beweglichen Kontrolldienst ein und wird dem Garantiekomitee von Zeit zu Zeit einen Überblick geben. Besonders ausgiebig ist auch in dem Unterausschuß gegen die Kapitalflucht verhandelt worden. In den Besprechungen ist deutscherseits betont worden, daß solche Maßnahmen sich nicht für ein Land isoliert durchführen lassen, sondern von der Zusammenarbeit der Länder abhängen. Das Garantiekomitee hat die Ergebnisse der Verhandlungen in einem Memorandum zusammengefaßt, das in der Schlußsitzung auch der deutschen Regierung zugänglich gemacht worden ist. Es wird von seiten der Regierung schon jetzt betont, daß keine der darin vorgesehenen Maßnahmen gegen die deutsche Souveränität verstößt. Sie hat sich deshalb entschlossen, dem Inhalt des Memorandums mit dem ausdrücklichen Vorbehalt beizutreten, daß die Befugnisse des Garantiekomitees nur die Einholung von Auskünften und keinerlei Vetorecht einschließen.

Das Reichskabinett hat auf Grund der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee die Überzeugung gewonnen, daß nur auf dem beschrittenen Wege sachgemäßer Verhandlungen eine Lösung und Regelung möglich sein wird. Die deutsche Öffentlichkeit muß davor gewarnt werden diese Verhandlungsnotwendigkeiten zu verkennen. Scheint es auch auf den ersten Augenblick, daß die Konzessionen, die gemacht wurden, das Maß des Möglichen überschreiten, so ist doch zu betonen, daß über eine so komplizierte Verhandlungsweise, wie die mit dem Garantiekomitee geführte, nur bei wirklicher Kenntnis der Einzelheiten geurteilt werden darf. Die Veröffentlichung eines ausführlichen amtlichen Berichtes steht bevor. (Anm. d. Schriftl. Angesichts der Aufwärtsbewegung des Dollars, der in den Mittagsstunden den Stand 528 erreicht, erscheint die am Schluß der Meldung ausgesprochene Warnung sehr berechtigt zu sein!)

Die Reparationskommission für ein Moratorium?

Paris, 20. Juli. (WTB., Mittagsmeldung.) „Chicago Tribune“ behauptet, daß mit französischer Zustimmung die Reparationskommission versuchsweise ein Moratorium für Deutschland beschlossen habe. Einzelheiten seien noch nicht festgesetzt. Die Dauer des Moratoriums werde eifrig diskutiert. Die Franzosen wünschten es auf drei Monate zu beschränken, die Engländer es auf sechs Monate festzulegen. Für ihre Zustimmung verlangten die Franzosen strengste alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen, namentlich alliierte Kontrolle aller wichtigen Finanzprojekte, bevor sie dem Reichstage zugehen und ausgeführt werden. Das Blatt schreibt, in amerikanischen Kreisen nehme man nicht an, daß die alliierte Finanzkontrolle in Deutschland die Reparationsfrage sehr fördern werde. Es sei aber von wesentlicher Bedeutung, den völligen Zusammenbruch des Landes zu verhindern. Die Quelle der deutschen Barzahlungen werde nach Ansicht Amerikas der deutsche Außenhandel sein, und solange nicht in der gesamten Welt die Zollschranken herabgesetzt und größere Mengen deutscher Ware aufgenommen würden, werde es Deutschland unmöglich sein, irgendwelche bedeutenden Barsummen zu bezahlen, obwohl es allerdings imstande sein werde, den alliierten Ländern Sachlieferungen zu leisten.

Heute Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 20. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Reparationskommission ist heute zu einer offiziellen Sitzung zusammengerufen worden. Die Tagesordnung weist zwei Punkte auf, nämlich die Entgegennahme des Berichts des Garantiekomitees und die Beantwortung der deutschen Note betreffs der deutschen Kohlenlieferungen.

Abreise der Franzosen aus dem Haag.

Paris, 20. Juli. (Havas.) Die französische Delegation reist heute aus dem Haag ab. Ist die Konferenz damit endgültig gesprengt?

Die „bolschewistische Veranlassung“ der Ermordung Rathenaus.

Schon mehrfach hat General Ludendorff in englischen Zeitungen innerpolitische deutsche Fragen besprochen, ohne zu bedenken, daß er damit im Auslande das Vertrauen zu der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse erschütterte; denn bei Ludendorffs Stellung zu der jetzigen Staatsform gab er in seinen Auslandsarbeiten schärfster Kritik Ausdruck. Im „Daily Expreß“ hat er jetzt die Ermordung Rathenaus auf bolschewistische Initiative zurückgeführt. „Diese Ansicht begründet er jetzt“, so lesen wir in der Rechtspresse „durch ausführliche Darlegungen über die kommunistischen Geheimpapiere, die dem russischen Obersten Freyberg in die Hände gefallen waren, und deren Echtheit ja aufs beste durch die Tatsache belegt wird, daß sie ihm seinerzeit, wie erinnerlich, durch einen bewaffneten kommunistischen Raubüberfall wieder abgejagt wurden. Unter den dem Obersten von Freyberg verbliebenen Schriftstücken befindet sich ein Bericht, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hatte, unter der Maske deutscher Nationalisten in die extrem-nationalistischen deutschen Organisationen bolschewistische Agenten einzuschmuggeln. Diese Agenten sollten dann fanatische Mitglieder derartiger Organisationen zum Mord an Mitgliedern der Reichsregierung verleiten, dabei aber so geschickt [illegible]

schen Blättern über Frankreichs innerpolitische Verhältnisse ausgesprochen? Warum muß ein deutscher General über sein Volk — englisch reden?

Dollar heute 528 (gestern 490).

Nachklänge zur Krisis.

Gestern, am Mittwoch, waren Vertreter der drei Reichstagsfraktionen der Deutschen demokratischen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in kleinstem Kreis versammelt, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte zu schaffen sei, die jedoch weder die Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen aufheben, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen solle. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft wird vielmehr dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und nach innen stetiger und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie sollen demnächst fortgesetzt werden.

Die Abstimmung über das Schutzgesetz.

Berlin, 30. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie sich jetzt übersehen läßt, haben in der letzten Reichstagssitzung für das Republikschutzgesetz gestimmt: die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum, dagegen: die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Welfen und der Bayerische Bauernbund mit Ausnahme seines Fraktionsmitgliedes Reichsernährungsminister Fehr. Ein großer Riß ging durch die Deutsche Volkspartei. Der größte Teil stimmte für das Gesetz, die anderen haben sich teils der Stimme enthalten, teils nicht an der Abstimmung beteiligt.

Bayern und das Schutzgesetz.

Die bayerische Regierung hat zunächst von Sachverständigen die juristischen Folgen der neuen Reichsgesetze für das Verhalten der Länder ausarbeiten lassen und hat davon Abstand genommen, zu der Annahme der Schutzgesetze sofort Stellung zu nehmen. Wie in Kreisen der bayerischen Regierungsparteien die allgemeine Stellung aussieht, davon geben die Blätter Auskunft, die sich ziemlich allgemein gegen das Schutzgesetz wenden. Es wird dabei viel Lärm geschlagen, aber man kann doch hoffen, daß die vollendete Tatsache, an der auch eine so weit rechtsstehende Partei wie die Deutsche Volkspartei mitgeschaffen hat, eine wohltätige Wirkung auch auf Bayern übt, das infolge ungesunder Aufreizung der dortigen öffentlichen Meinung eine Verletzung der Hoheitsrechte des Landes überall dort erblickt, wo es nicht immer gerade den Bayern selbst, sondern Unverantwortlichen wider den Strich geht. Im Interesse der Einheit des Reiches kann man hoffen, daß diese Agitation die verantwortlichen Stellen Bayerns nicht zu sehr beeinflußt. In den Kreisen der bayerischen Volkspartei scheint man mit dem Gedanken an einen Volksentscheid zu spielen.

Der Dollar steigt!

In den letzten Tagen ist der Dollarkurs wieder ziemlich rasch gestiegen und hat sich am Mittwoch einem Wert von 500 Papiermark wieder beträchtlich genähert. Soweit der Mittwochkurs von rund 490 politisch beeinflußt ist, hat zu dieser Höhe ohne Zweifel die neue Verschleppungstaktik Poincarés beigetragen, durch welche die vorübergehende Erleichterung auf Grund des deutschen Stundungsgesuches so ziemlich wettgemacht worden ist. Dazu kommt ein steigender Devisenbedarf der deutschen Produktion, die Rohstoffankäufe vollziehen muß. Sie hatte diese bisher auf Zeiten eines besseren Marktstandes verschoben, kann aber nun weiter nicht warten. Steigt der Dollar weiter, dann wird die Reparationskommission trotz französischer Denkschriften doch endlich begreifen, daß eine rasche und günstige Erledigung des deutschen Stundungsgesuches der einzige Weg zur Rettung Deutschlands und damit Europas ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220720-12/fragment/page=0007